

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Wolfram Wette

Friedensforschung,
Militärhistorische Forschung,
Geschichtswissenschaft

Aspekte einer Kooperation

B 7/74

16. Februar 1974

Wolfram Wette, Dr. phil., Wissenschaftlicher Rat; geb. 1940 in Ludwigs-
hafen/Rhein; Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und Philoso-
phie in München; Promotion 1971; z. Z. wissenschaftlicher Mitarbeiter des Militär-
geschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg i. Br.

Veröffentlichungen u. a.: Kriegstheorien deutscher Sozialisten. Marx, Engels,
Lassalle, Bernstein, Kautsky, Luxemburg. Ein Beitrag zur Friedensforschung,
Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1971; Hitlerfaschismus, Kriegspropaganda und
öffentliche Meinung, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1972; Liberale und
sozialistische Milizvorstellungen im 19. Jahrhundert, in: Die Wehrstruktur in der
Bundesrepublik Deutschland, hrsg. 1972/73 von der Wehrstruktur-Kommission
der Bundesregierung. Weitere Aufsätze und Rezensionen in diversen Fachzeit-
schriften zu Themen aus dem Bereich der Friedens- und Konfliktforschung, der
Geschichte des Nationalsozialismus und der Geschichte der deutschen Arbeiter-
bewegung.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dipl.-Sozialwirt Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, 55 Trier, Fleisch-
straße 61—65, Tel. 06 51/4 80 71, nimmt entgegen:

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, einschließ-
lich Beilage zum Preise von DM 11,40 vierteljährlich (einschließlich DM 0,59 Mehr-
wertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 5,50 zu-
sätzlich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen
keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unter-
richtung und Urteilsbildung.

Friedensforschung, Militärgeschichtsforschung, Geschichtswissenschaft

Aspekte einer Kooperation

1. Vorbemerkung

Die von Friedensforschern vielfach erhobene Forderung nach interdisziplinärer Zusammenarbeit ist bis heute leider noch allzu selten in die Tat umgesetzt worden. Für diese unbefriedigende Situation lassen sich mannigfache Ursachen ermitteln. Besondere Schwierigkeiten scheinen sich aus den traditionellen Fächergrenzen und aus der Kombination beziehungsweise Integration verschiedener Methoden zu ergeben. Noch wenig geklärt ist zum Beispiel, unter welchen Voraussetzungen und auf welche Weise Geschichtswissenschaft und Friedensforschung zusammenarbeiten können.

Die hier gestellte Frage nach den Kooperationsmöglichkeiten von Friedens- und Konfliktforschung einerseits und Militärgeschichtsforschung andererseits scheint auf den ersten Blick sehr speziell zu sein. Sie schließt jedoch, wie zu zeigen sein wird, die generelle Frage nach den Bedingungen einer Zusammenarbeit von Historie und Friedensforschung ein. Die im Titel dieser Studie angesprochene Problemstellung ergab sich neben dem äußeren Anlaß¹⁾ aus der Interessenlage des Verfassers. Ihm schien es wichtig zu prüfen, ob die militärhistorische Forschung einen Beitrag zur Lösung der Aufgabe leisten kann, die als die gegenwärtige und zukünftige Hauptaufgabe politischen Handelns auf allen Ebenen gelten muß und die, im wissenschaftlichen Bereich, der Friedens- und Konfliktforschung ihren Namen gegeben hat. Da es bisher — wenn der Verfasser richtig informiert ist — noch niemand unternommen hat, dieses spezielle Problem zu erörtern, verstehen

sich die nachfolgenden Überlegungen als ein erster Versuch, Trennendes und Gemeinsames aufzuspüren. Wie sie gestellt ist, zielt die Themafrage von vornherein darauf ab (darin mag einer der Hauptansatzpunkte zur Kritik liegen), zu positiven Aussagen hinsichtlich der Kooperationsmöglichkeiten zu gelangen. Anders ausgedrückt: Sie ist nicht darauf angelegt, bei der Konstatierung unterschiedlicher Interessenlagen stehenzubleiben.

Gerade in jüngster Zeit sind Militärhistoriker mit Äußerungen an die Öffentlichkeit getreten, denen zu entnehmen ist, daß von dieser Seite durchaus Verbindungslinien zur Friedensforschung gesehen werden. So bemerkte etwa M. Messerschmidt, ein verantwortlicher Sprecher des Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, in dem die militärhistorische Forschung der Bundesrepublik weitgehend konzentriert ist, kürzlich vor Journalisten²⁾, er glaube, bei einigem Nachdenken über das Verhältnis beider Wissenschaftsgebiete zueinander werde erkennbar, daß die Auffassung, Konfliktforschung und Militärgeschichte seien einander ausschließende Gebiete, als recht vordergründig bezeichnet werden müsse, denn Militärgeschichte überschneide sich thematisch mit modernen Fragestellungen der Konfliktforschung und anderer Gesellschaftswissenschaften. Allerdings scheine es die Militärgeschichte da, wo Friedens- und Konfliktforschung modern geworden sei, besonders schwer zu haben, eine breitere Öffentlichkeit von der Bedeutung ihrer Vorhaben zu überzeugen.

Solche Äußerungen sind Indiz für die Aktualität unseres Themas. In diesem Zusammenhang kommt insbesondere den beiden folgen-

¹⁾ Diese Untersuchung ist die stark erweiterte Fassung eines im September 1973 auf der Tagung für „Lehrstabsoffiziere für Wehrgeschichte“ der Bundeswehr in Freiburg gehaltenen Vortrages. Aus der spezifischen Interessenlage der Tagungsteilnehmer ergaben sich Schwerpunkte, die auch in der vorliegenden Studie beibehalten wurden.

²⁾ Unveröffentlichtes Manuskript eines vom Leitenden Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes, Manfred Messerschmidt, anlässlich einer Pressekonferenz im April 1973 vorgetragenen Kurzreferats.

den Aspekten Bedeutung zu: Erstens die Feststellung, es gebe thematische Überschneidungen. Hierüber wird noch ausführlich zu sprechen sein. Zweitens wird der Trend richtig beobachtet, daß die Bedeutung der Friedensforschung inzwischen in breiten Kreisen der Öffentlichkeit erkannt worden ist oder, wie die Skeptiker meinen, „in Mode“ gekommen ist. Die Konstatierung dieses Trends gibt zugleich einen wichtigen Hinweis auf die Frage, woher das Interesse von Militärhistorikern an der Friedens- und Konfliktforschung rührt. Sie scheinen in ihr nämlich bisweilen einen potentiellen Konkurrenten zu sehen. Immerhin ist mit Recht gesagt worden³⁾: „Wenn überhaupt je eine Wissenschaft die Möglichkeit hatte, für ihre Ziele und Auffassungen die kritische Öffentlichkeit zu mobilisieren, so ist es die Friedensforschung — wegen der Konformität ihrer Ziele mit denen der überwiegenden Mehrheit aller Menschen, die von diesen auch gespürt wird...“.

Allerdings erfreut sich die Friedensforschung bekanntlich durchaus nicht ungeteilter Zustimmung. Sie sieht sich vielmehr Kritikern und offenen Gegnern gegenüber. An ihre Adresse richtete der Bundespräsident⁴⁾ vor einigen Jahren folgendes deutliche Wort: „Wenn ich diese Kritiker nach dem Grund ihrer ablehnenden Haltung frage, dann stellt sich meist heraus, daß sie Friedensforschung nicht mit streng wissenschaftlicher Arbeit in Verbindung bringen, sondern mit Propaganda für den Frieden. Andere halten sie gar für ein von Kommunisten erdachtes Tarnmanöver, mit dem die westliche Welt in Sicherheit gewiegt werden soll.“ Die zuletzt erwähnte pauschale Verdächtigung wird derjenige übrigens nicht mehr aussprechen können, der die betont kritischen, gleichwohl sehr differenzierten Stellungnahmen etwa von Wissenschaftlern aus der DDR zur „bürgerlichen Friedensforschung“⁵⁾ einmal zur Kenntnis

genommen hat. Heinemann fuhr fort: „Diese und andere Mißverständnisse um die Friedens- und Konfliktforschung gilt es auszuräumen. Wir dürfen es nicht zulassen, daß eine wissenschaftliche Disziplin, von der viel für die Zukunft abhängen kann, von solchen in Acht und Bann getan wird, denen sie einfach nicht in ihr Weltbild paßt.“

In der Tat hat die in den vergangenen Jahren über die Friedensforschung geführte Diskussion darunter gelitten, daß sie „vielen nicht in ihr Weltbild paßte“. Dies war naturgemäß insbesondere dort der Fall, wo sich die wissenschaftliche Kritik gegen das Abschreckungssystem selbst und seine Interessenbasis wandte. Bei diesen Diskussionen sind einerseits Positionen geklärt, andererseits aber auch viele Mißverständnisse produziert worden, wie beispielsweise bei Informationstagen deutlich wurde, an denen Friedensforscher und Angehörige der Bundeswehr teilnahmen. In einem Bericht über einen solchen Meinungsaustausch⁶⁾ ist von „massiven gegenseitigen Vorurteilen“ die Rede. Das kann denjenigen nicht wundern, der um das teilweise noch immer spannungsgeladene Verhältnis von Militär und Wissenschaft insgesamt weiß. Ein Offizier⁷⁾, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Münchener Institut für Erziehung und Bildung in den Streitkräften tätig ist und der in dieser Frage als sachkundig gelten kann, sprach kürzlich von „vorurteilsbedingten gegenseitigen Aversionen“, weil man sich vielfach gegenseitig nicht ganz über den Weg traue: Die Wissenschaft zum Teil aus Furcht vor der unkontrollierten militärischen Verwertung ihrer Ergebnisse, das Militär zum Teil aus Angst vor der verunsichernden Wirkung kritischer Wissen-

Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XX. Jg. 1972, S. 82—92; Alfred Boenisch, Wesen und Ziele der bürgerlichen „Friedensforschung“, in: Deutsche Außenpolitik, 17. Jg. 1972, S. 80—98; D. Klein (Hrsg.), Futurologie und Zukunftsforschung, Berlin (DDR) 1972. — Auch U. Albrecht konstatiert in der Einleitung zum Band III des Jahrbuchs für Friedens- und Konfliktforschung (Perspektiven der Kooperation zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern, Düsseldorf 1973, S. 9), seit etwa 1972 sei das zuvor im wesentlichen abweisende Urteil von DDR-Autoren differenzierter geworden.

⁶⁾ Hans Wassmund, Bundeswehr und Friedensforschung (Bericht über eine Tagung in der Akademie Loccum im Januar 1972), in: DGFK-Informationen 1/1972, S. 28.

⁷⁾ Klaus von Schubert, Zum Verhältnis von Militär und Wissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 44/72, S. 3—11 (7).

³⁾ Wilfried v. Bredow, Friedensforschung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1971, H. 1, S. 31.

⁴⁾ Rede von Gustav W. Heinemann anlässlich der Gründung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung am 28. Oktober 1970. Zit. nach Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 148, S. 1561, Bonn, den 29. Okt. 1970.

⁵⁾ Vgl. Dieter Fricke, „Friedensforschung“ in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Rolle und ihre Funktion in der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, XIX. Jg. 1971, H. 5, S. 597—626; ders., Neuere Literatur zur „Friedensforschung“ in der Bundesrepublik Deutschland, in:

schaft. Dieses gespannte Verhältnis wird dort natürlich besonders virulent, wo — wie im Falle der Friedens- und Konfliktforschung — unmittelbare Berührungspunkte gegeben sind. Man muß sich also darüber im klaren sein, daß die Frage nach den Kooperationsmöglichkeiten von Friedensforschung und Militärgeschichtsforschung nicht bloß eine rein akademische ist und daß sie nicht in einem interessen- und ideologiefreien Raum angesiedelt ist. Man braucht nur an die Kontroversen um die Begriffe Kriegsgeschichte, Wehrgeschichte, Militärgeschichte einerseits und traditionelle, kritische und revolutionäre Friedensforschung andererseits zu denken. Diese Begriffe bezeichnen weit mehr als nur einen Forschungsgegenstand, einen Abgrenzungsversuch einer wissenschaftlichen Teildisziplin zu einer anderen; sie stehen zugleich für bestimmte wissenschaftliche und politische Positionen. Daher würde man die mit diesem Thema verbundene Problematik nur sehr unzureichend treffen, wollte man lediglich reflektieren, wo und wie sich Militärgeschichte und Friedensforschung thematisch überschneiden. Die Erörterung dieser zweifellos auch sehr wichtigen Frage scheint erst nach einer vorherigen Abklärung der Wertorientierung und Interessenlage der Vertreter beider Gebiete sinnvoll zu sein. Denn vermutlich sind die Werthaltungen des wissenschaftlichen Personals, das in einem militärhistori-

schen Institut einerseits, in einem Friedensforschungsinstitut andererseits tätig ist, in der Regel nicht identisch; und weder diese noch jene Wissenschaftler dürften daran interessiert sein, daß dieser Tatbestand ver-

INHALT

1. Vorbemerkung
2. Was ist Militärgeschichtsforschung?
3. Was ist Friedens- und Konfliktforschung?
4. Militärgeschichtsforschung — eine Zuträgerwissenschaft für die Friedensforschung?
5. Über den Praxisbezug der Geschichtswissenschaft
 - a) Interesse an Kommunikation
 - b) Interesse an technischer Verfügung
 - c) Interesse an Emanzipation
 - d) Methodische Konsequenzen
6. Zusammenfassung

schleiert wird. Vorweg kann demnach in bezug auf die Kooperationsmöglichkeiten allenfalls die vage Feststellung getroffen werden, daß es beide Forschungsrichtungen mit dem großen Problemkreis „Krieg und Frieden“ zu tun haben, ihr Untersuchungsgegenstand also zumindest partiell derselbe sein kann.

2. Was ist Militärgeschichtsforschung?

Wenn im folgenden dargelegt wird, wie Friedensforscher und Militärhistoriker ihr jeweiliges Fach beschreiben, so geschieht dies in der Absicht, erstens den jeweils beanspruchten Bereich von Forschungsgegenständen kennenzulernen, zweitens, um etwas über die Wert- und Zielorientierung und drittens über die angewendeten Methoden in Erfahrung zu bringen. Eine hinreichend korrekte Charakteristik beider Wissenschaftsgebiete kann nicht gegeben werden, ohne daß zugleich auf die verschiedenen Richtungen oder Strömungen innerhalb beider aufmerksam gemacht wird. Denn weder das eine noch das andere ist in der Weise homogen, daß ihre jeweiligen Vertreter eine bestimmte Beschreibung ihres Faches als allgemein verbindlich anerkennen würden. Schließlich werden sich auch einige wissenschaftsgeschichtliche Anmerkungen als aufschlußreich erweisen.

Will man den heutigen Standort und die Auseinandersetzungen, in welche die Militärgeschichte verwickelt ist, richtig verstehen, so tut man gut daran, sie zunächst von früheren, genauer gesagt: anderen Formen der Beschäftigung mit militärgeschichtlichen Fragen abzusetzen, nämlich von der Kriegsgeschichte und der Wehrgeschichte.

Die *Kriegsgeschichte* hat eine viele Jahrhunderte alte Tradition⁸⁾. Nach einer von

⁸⁾ Ansätze zu einer Geschichte der Kriegsgeschichtsschreibung entwickeln Wolfgang v. Grotte, *Militärgeschichte*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 1/1967, S. 5—19, und Gerhard Papke, *Was ist Kriegsgeschichte?*, in: *Wehrkunde*, 10. Jg. 1961, S. 420 f. — Jüngst erschien zu diesem Thema die fundierte Monographie des DDR-Historikers Reinhard Brühl, *Militärgeschichte und Kriegspolitik. Zur Militärgeschichtsschreibung des preußisch-deutschen Generalstabes 1816—1945*, Berlin 1973.

Karl Linnebach im Jahre 1939 formulierten Definition⁹⁾ umfaßt sie: 1. die Geschichte der Kriege und ihrer Glieder: der Feldzüge, Operationen, Schlachten, Gefechte, Belagerungen usw.; 2. die Geschichte der Kriegskunst; 3. die Geschichte des Kriegswesens (der Kriegsmittel); 4. die Geschichte der Kriegswissenschaften.

Kriegsgeschichte wurde mit dem Ziel betrieben, „die Erfahrungen des wirklichen Krieges zu sammeln, um daraus praktische Schlußfolgerungen für die Bildung taktischer, operativer und strategischer Anschauungen zu ziehen“¹⁰⁾. An dieser Zielsetzung wird, wie aus einer in der Zeitschrift „Wehrkunde“ und anderen militärischen Fachzeitschriften in den sechziger Jahren geführten Diskussion hervorgeht¹¹⁾, teilweise auch heute noch festgehalten. In dieser Auseinandersetzung vertrat insbesondere H. Heidegger die Auffassung, die Kriegsgeschichte sei „eine stete, praktischen Nutzen bringende Quelle für den Beruf“¹²⁾, womit natürlich der militärische Beruf gemeint war. Eine so verstandene Kriegsgeschichte wertete also historische Vorgänge im Sinne einer „technisch-praktischen Nutzanwendung“¹³⁾ lehrhaft aus. Die Lehren fan-

den dann ihren Niederschlag in Ausbildungsgrundsätzen und militärischen Vorschriften. Somit sah der Soldat, insbesondere der Offizier, die Kriegsgeschichte als sehr eng mit der Praxis seines Berufs verbunden an, als eines der vorzüglichsten Mittel zur unmittelbaren Vorbereitung auf das Handeln im Kriege. Der Militär befaßte sich mit Kriegsgeschichte, um den in ihr angesammelten Reichtum an Beispielen und Erfahrungen des wirklichen Krieges für die Schulung und Ausbildung auszunutzen. Für ihn bereitete die Kriegsgeschichte direkt die zukünftige Praxis vor. Sie sollte ihm also helfen, „das Metier, die Technik des Krieges zu erlernen und sie weiterzuentwickeln“. Außerdem diente die Kriegsgeschichte „als Heldengeschichte mit dem praktischen Zweck, dem Soldaten Vorbilder zu geben“¹⁴⁾. Damit verstand sie sich zugleich als Teil militärischer Traditionspflege.

Die so nach Gegenstand und Funktion definierte Kriegsgeschichte war also — und ist, soweit sie noch heute betrieben wird — ganz nach militärischen Interessensgesichtspunkten ausgerichtet. Sie war und ist sozusagen „die Fachdisziplin einer Generalstabswissenschaft“¹⁵⁾, somit Bestandteil der Kriegsführungslehre.

Die *Wehrgeschichte* behielt diese technisch-praktisch orientierte Interessenlage bei, reklamierte aber zugleich einen weit über das militärische Handwerk hinausgehenden Einflüßbereich. Bezeichnung und Begriffsumfang der Wehrgeschichte sind R. Wohlfeil zufolge vor dem Zweiten Weltkrieg geprägt worden, genauer gesagt in der Zeit des Nationalsozialismus, und zwar in Anknüpfung an Vorläufer aus den letzten Jahren der Weimarer Republik, etwa an die 1929 gegründete „Wehrwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft“, aus der 1933 die „Deutsche Gesellschaft für Wehrpolitik und Wehrwissenschaft“ hervorging¹⁶⁾. Die Einführung dieses neuen Begriffs stand im Zusammenhang mit den älteren Versuchen, „die sogenannten Kriegswissenschaften ... begrifflich, fachlich und materiell zu

⁹⁾ Karl Linnebach, Die Wehrwissenschaft, ihr Begriff und ihr System, Berlin 1939, S. 41 ff.

¹⁰⁾ Gerhard Oestreich, Vom Wesen der Wehrgeschichte, in: Historische Zeitschrift Bd. 162, München und Berlin 1940, S. 238.

¹¹⁾ Vgl. u. a. Hans Meier-Welcker, Unterricht und Studium in der Kriegsgeschichte angesichts der radikalen Wandlung im Kriegswesen, in: Wehrkunde, 9. Jg. 1960, S. 608—612; Hermann Heidegger, Kann Kriegsgeschichtsunterricht heute noch einen praktischen Nutzen haben?, in: Wehrkunde, 10. Jg. 1961, S. 195—199; Werner Hahlweg, Kriegsgeschichte und historischer Erkenntniswert, in: Wehrkunde, 10. Jg. 1961, S. 240—241; Friedrich Forstmeier, Sinn und Wert des kriegsgeschichtlichen Unterrichts, in: Wehrkunde, 10. Jg. 1961, S. 372—375; Gerhard Papke, Was ist Kriegsgeschichte?, in: Wehrkunde, 10. Jg. 1961, S. 417—422; Hans Meier-Welcker, Zur Methode des Unterrichts in Kriegsgeschichte, in: Wehrkunde, 10. Jg. 1961, S. 509—518. Eine erste Analyse der Diskussion versuchte Gerhard Göhler, Vom Nutzen der Kriegsgeschichte. Diskussion über inneren oder praktischen Nutzen. Analyse der Nutzanwendung, in: Wehrkunde, 13. Jg. 1964, S. 591—596 und 648—654. Dort findet sich auch eine vollständige Liste der Diskussionsbeiträge.

¹²⁾ H. Heidegger (s. Anm. 11), S. 197. Ähnlich Carl H. Hermann, Deutsche Militärgeschichte, Frankfurt/M. 1966, Einleitung.

¹³⁾ Diese Formulierung von G. Papke (s. Anm. 11, S. 420) trifft den tatsächlichen Verwendungszusammenhang sehr genau. H. Meier-Welcker bestätigt, spätestens seit dem 18. Jahrhundert und bis in unsere Tage hinein sei Kriegsgeschichte unter der Vorstellung gelehrt worden, „unmittelbar anzu-

wendende Geschichte treiben zu können, vor allem in der Taktik“, also aus einer „pragmatischen Grundeinstellung“ heraus (1960, s. Anm. 11, S. 609).

¹⁴⁾ Rainer Wohlfeil, Wehr-, Kriegs- oder Militärgeschichte?, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1967, S. 23.

¹⁵⁾ G. Oestreich (s. Anm. 10), S. 237. G. Papke (s. Anm. 11, S. 419) schlägt hierfür den treffenden Ausdruck „Kriegskunde“ vor.

¹⁶⁾ R. Wohlfeil (s. Anm. 14), S. 21 f.

einer neuen Wissenschaft, den Wehrwissenschaften, zu erweitern und sie zugleich hochschulfähig zu machen“¹⁷⁾. Diese Wehrwissenschaften, zu denen auch die Wehrgeschichte gerechnet wurde, umfaßten damals so verschiedene Disziplinen wie die Wehrgeographie, das Wehrrecht, die Wehrwirtschaftslehre, die Wehrphilosophie und die theoretische Wehrpolitik¹⁸⁾, aber auch Wehrpsychologie, Wehrmedizin, Wehrtechnik, Wehrmeteorologie und andere¹⁹⁾.

Welcher ideologische Hintergrund mit den neuen Begriffen verknüpft war, machte einer der damaligen Verfechter der Wehrgeschichte, der Historiker Gerhard Oestreich, in einem 1940 in der Historischen Zeitschrift publizierten Artikel²⁰⁾ deutlich: „Es ist keineswegs nur eine Namensänderung, die uns von den Kriegswissenschaften der Vorweltkriegszeit zu den Wehrwissenschaften der Nachkriegszeit führt, sondern vielmehr ein echter Umbruch, eine Neugestaltung des Wesens dieser Disziplinen, an deren Anfang wir m. E. überhaupt erst stehen. Das Erlebnis des Weltkrieges, das uns die innere Verbundenheit, den ständigen Zusammenhang und die gegenseitige Abhängigkeit fast aller Zweige des völkischen und staatlichen Lebens, des politischen Lebens schlechthin, mit und von der militärischen Existenz vor Augen stellte, brachte eine Selbstbesinnung auch in den Wissenschaften vom Kriege. Diese erweiterten nicht nur ihre Gebiete an Umfang und Ziel, sondern ihr Wesen wurde auch neu geprägt, da der militärberufliche Standpunkt, von dem aus sie betrieben und auf den sie bezogen wurden, nunmehr dem umfassenderen politischen Geiste weichen mußte.“

Über die politisch-ideologische Zielsetzung der Wehrwissenschaften insgesamt schrieb Oestreich weiter: „Auf dem Gebiet der Wissenschaft tragen die Wehrwissenschaften einen zweifachen Kampf aus. Erstens wollen sie zu ihrem Teile mithelfen, daß das Gebiet der gesamten Wissenschaften, von dem sie ein Teil sind, eine bewußte politische Richtung erhält. Sie erwarten stärkste Rückwirkung ihrer Ergebnisse und Erkenntnisse auf die Haltung und Forschungsrichtung der anderen Disziplinen. Zweitens schicken sie sich an,

die militärischen Wissenschaften dem politischen Leben zuzuführen, um einerseits den politischen Instinkt des Soldaten zu wecken und zu schulen und andererseits die übrige wissenschaftliche Welt für die Fragen der Wehr und der Landesverteidigung zu gewinnen. Ihr vornehmster Zweck aber ist, unmittelbar mit ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen der politischen und militärischen Führung von Volk und Staat zu dienen.“

Innerhalb der Wissenschaften, betonte Oestreich, nehme die Wehrgeschichte „einen besonderen Rang“ ein. Denn: „Die Wehrgeschichte ist gewordene Wehrpolitik, so wie die Wehrpolitik von heute die Wehrgeschichte von morgen ist. Die Wehrgeschichtsschreibung erfaßt alle Gebiete des Wehrschaffens und Wehrdenkens im historischen Ablauf. Sie betrachtet die staatliche Tätigkeit und den völkischen Existenzkampf vom *Gesichtspunkt der Wehr*.“ In ihrer Zielsetzung dient sie „zugleich der notwendigen wehrpolitischen Erziehung des Volkes“.

Mit Recht ist gesagt worden, solche Wehrgeschichte sei „eine Art militaristischer Auffassung der Geschichte“. In der Tat ist es von diesem ideologischen Hintergrund aus „nur noch ein kurzer Schritt zu der... Vorstellung, Geschichte müsse als Wehrgeschichte gesehen werden“. Die Wehrgeschichte verkörperte also ein Programm, „nämlich die Forderung nach einer Umorientierung der allgemeinen Geschichtswissenschaft insgesamt. Sie wollte alle Geschichte auf das Wehrwesen zuordnen, selbstverständlich auch die Kriegsgeschichte“²¹⁾.

Angesichts der Entstehungszeit und der Zielsetzung von Wehrwissenschaften und Wehrgeschichte muß es eigentlich bedenklich stimmen, daß in der Bundeswehr der Terminus „Wehrgeschichtslehrer“ im Jahre 1968 wieder eingeführt wurde, zumal die Forschungsinstitution in ihrem Namen den Begriff „Militärgeschichte“ führt, der auch in anderen Ländern üblich ist. Aber dies sei hier nur am Rande vermerkt.

Die *Militärgeschichte* will — im Gegensatz zur Kriegsgeschichte, die nach Auffassung der in der Tradition des Historismus argumentierenden Militärhistoriker Papke und

¹⁷⁾ Ebda.

¹⁸⁾ G. Oestreich (s. Anm. 10), S. 234.

¹⁹⁾ R. Wohlfeil (s. Anm. 14), S. 22.

²⁰⁾ G. Oestreich (s. Anm. 10), S. 233—235.

²¹⁾ R. Wohlfeil (s. Anm. 14), S. 22.

Wohlfeil „gar nicht zur Historie gehört“²²⁾, und zwar eben wegen ihrer auf praktische Nutzenanwendung zielenden Intentionen und ebenso im Gegensatz zur Wehrgeschichte in dem von Oestreich definierten Sinne — nicht mehr sein als ein Zweig der Geschichte. Sie gehört, wie ihre Vertreter hervorheben, zur allgemeinen Geschichte wie beispielsweise die Rechts-, Verfassungs-, Verwaltungs- und Kirchengeschichte oder die Wirtschafts- und Sozialgeschichte.

Ihr Forschungsgegenstand wird heute relativ breit definiert. So wird etwa gesagt, die Militärgeschichtsforschung beschäftigt sich mit der bewaffneten Macht als eines Instruments der Staatsgewalt. Sie erfasse dieses Instrument als Ganzes und in seinen Details und frage nach seinem Wert für die Staatsführung. Die Geschichte der Teilstreitkräfte handle sie ebenso wie sie Untersuchungen über einzelne Waffengattungen ihren Raum lasse. In geschichtswissenschaftlicher Fragestellung beschäftige sich der Militärhistoriker mit Problemen der Kriegsmittel oder der Logistik, mit Fragen des Sanitätswesens, der Seelsorge oder der außerdienstlichen Betreuung, aber er sehe in allen diesen Teilbereichen nur Ausdrucksformen der einen bewaffneten Macht. Dazu gehöre natürlich auch das Militärwesen als Problem der Kriegführung in Theorie und Praxis, also die Geschichte der Kriegskunst.

Weiter wird gesagt, die bewaffnete Macht sei aber auch eine Einrichtung, die tief in das Leben einer staatlichen Gemeinschaft eingreife. Daher dürfe sich der Historiker nicht damit begnügen, isoliert Organisation und Strukturen dieser Institution zu untersuchen, sondern er müsse zum Beispiel auch ihrer Rolle in der Volkswirtschaft nachspüren. Die Bedeutung des Militärs als eines Faktors des wirtschaftlichen Lebens stelle die Militärhistoriker vor

wichtige Forschungsaufgaben, insbesondere angesichts des Tatbestandes, daß die Streitkräfte erheblichen Einfluß auf viele Bereiche der Industrie ausüben, indem sie als Auftraggeber für Forschung und Produktion fungieren. Weitere Untersuchungsgegenstände seien die soziologische Struktur und die sozialen Verhältnisse des Militärs, wobei dem Offizierskorps als dem wesentlichen Träger des Militärwesens besondere Bedeutung zukomme²⁴⁾.

Die Militärgeschichtsforschung untersucht also die Geschichte der bewaffneten Macht als einer Institution und als eines Faktors des wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Lebens. Mit einigen der genannten Fragestellungen erfaßt sie allerdings schon Bereiche, die sie sich nicht allein zurechnen darf²⁵⁾, insbesondere wenn die Forderung²⁶⁾ erhoben wird, die Militärgeschichtsforschung solle heute auch „die Probleme von Abschreckung und Rüstung, von Kriegszielen, Kriegführung und Kriegsfolgen, von Verteidigungsbündnissen, Gesellschaftssystemen, Technik, Wissenschaft und Wirtschaft und von der wechselseitigen Verzahnung dieser Gebiete“ mit einschließen. Die Absicht, den Forschungsgegenstand so stark auszudehnen, läßt sich unter anderem durch das triftige Argument stützen, die Grenzen zwischen Krieg und Frieden seien heute fließend geworden, ja sie seien schon rein begrifflich gar nicht mehr zu fassen²⁷⁾. Wenn der Forschungsgegenstand der Militärgeschichte beschrieben wird, wie hier geschehen, ist ganz zweifellos eine Überschneidung mit Problemen der Friedens- und Konfliktforschung gegeben. Dabei kann unerörtert bleiben, ob der eine oder andere Militärhistoriker glaubt, die Grenzen der für seine Disziplin legitimen Fragestellungen seien damit bereits überschritten.

²²⁾ Ebda., S. 24. So auch G. Papke (s. Anm. 11), S. 418 f., der — historistisch argumentierend — den an „Kriegskunde“ interessierten Offizier in dem Dilemma sieht: „entweder er beschäftigt sich mit Geschichte, dann kann er daraus keinen praktischen Nutzen ziehen, oder aber er zieht praktischen Nutzen aus der Vergangenheit, aus den Erfahrungen und Erkenntnissen der Vergangenheit, dann betreibt er aber keine Geschichte.“

²³⁾ R. Wohlfeil (s. Anm. 14), S. 25. — Vgl. auch H. Meier-Welcker (1960, s. Anm. 11), W. Hahlweg (s. Anm. 11), sowie J. Ch. Allmayer-Beck, Die Militärgeschichte in ihrem Verhältnis zur historischen Gesamtwissenschaft, in: Österreichische Militärische Zeitschrift, Jg. 1964, S. 97—105.

²⁴⁾ R. Wohlfeil (s. Anm. 14), S. 27 und 29.

²⁵⁾ Ebda., S. 27.

²⁶⁾ Ursula von Gersdorff, Moderne Militärgeschichtsforschung, in: Informationen für die Truppe 1/1973, S. 69.

²⁷⁾ Zumal im Abschreckungssystem haben Krieg und Frieden „eine neuartige Form der Verklammerung gefunden, die kein geschichtliches Vorbild hat und die eine analytische Trennung von Krieg und Frieden kaum noch ermöglicht“ (Karl Kaiser, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen 1970, S. 38). Daher ist versucht worden, den gegenwärtigen Zustand auf den Begriff „organisierte Friedlosigkeit“ zu bringen (Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden, Frankfurt/M. 1968).

Hinsichtlich der Verwertbarkeit ihrer Ergebnisse haben einige Vertreter der modernen Militärgeschichtsforschung in der bereits erwähnten Diskussion in den sechziger Jahren betont, sie könnten weder Rezepte für die Bewältigung der Gegenwart noch für die Gestaltung der Zukunft ausschreiben. Dem stehe jedoch nicht entgegen, daß mit Fragestellungen an die Vergangenheit herangetreten werde, die den Problemen der Gegenwart entnommen seien²⁸⁾. Damit setzen sich diese Militärhistoriker ganz explizit von der auf direkte, praktische Verwertbarkeit zielenden Kriegsgeschichte und gleichermaßen von der im Dienste der Wehrrückbildung betriebenen Wehrgeschichte ab und versuchen, ihren Platz innerhalb der allgemeinen Geschichtswissenschaft zu bestimmen. Welche Probleme dadurch aufgeworfen werden — etwa bezüglich der Fragen nach dem Erkenntnisinteresse und nach der Verwertbarkeit, dem Verwendungszusammenhang der Forschungsergebnisse —, scheint allerdings bis heute noch nicht in genügendem Maße reflektiert worden zu sein. Die theoretische Diskussion über die Standortbestimmung der modernen Militärgeschichtsforschung, die unter anderem durch die Erkenntnis ausgelöst wurde, daß die radikale Wandlung im Kriegswesen die herkömmliche pragmatische, utilitaristische Grundeinstellung nicht mehr zuließ²⁹⁾, war vielmehr zunächst einmal begrenzt auf eine Absetzbewegung von der durch die Begriffe

„Wehrgeschichte“ und „Kriegsgeschichte“ bezeichneten Tradition. Das Ziel dieser Absetzbewegung war, wie gesagt, Militärgeschichte als Teildisziplin der allgemeinen Geschichtswissenschaft zu etablieren. Nach Ansicht des englischen Militärhistorikers Michael Howard³⁰⁾ besteht jedoch noch immer „eine gewisse Furcht in akademischen Kreisen . . ., wo man geneigt ist, Militärgeschichte als die Handlangerin des Militarismus zu betrachten, daß ihr Hauptaugenmerk propagandistischen und legendenbildenden Zwecken diene“. Und Howard fügt selbstkritisch hinzu, diese Furcht sei „nicht ganz ohne ein Stück Wahrheit“. Es besteht wohl kaum ein Grund zur der Annahme, daß diese für Großbritannien getroffene Feststellung nicht auch für die Bundesrepublik gelten sollte.

Geht man nun davon aus, der oben beschriebene Wandlungsprozeß hin zur Militärgeschichte als einer Teildisziplin der allgemeinen Geschichtswissenschaft habe sich bereits vollzogen, so kann die für die nachfolgenden Erörterungen bedeutsame Feststellung getroffen werden: Die wissenschaftstheoretischen Probleme der Militärgeschichtsforschung sind dieselben wie die der Geschichtswissenschaft insgesamt. Die Frage nach Kooperationsmöglichkeiten im methodischen Bereich können also unter der Überschrift „Friedensforschung und Geschichtswissenschaft“ behandelt werden.

²⁸⁾ R. Wohlfeil (s. Anm. 14), S. 28. — Daß die Geschichte dem Soldaten keine Rezepte liefere, betont auch Carl H. Hermann (s. Anm. 12, S. 6). Dennoch will er Militärgeschichte — im Gegensatz zu R. Wohlfeil — als angewandte Forschung verstanden wissen: „Die militärgeschichtliche Forschung ohne Rücksicht auf ihre praktische Anwendung als reine, als Grundlagenforschung, die erstrangig auf die Erweiterung von Wissen gerichtet ist, betreiben zu wollen, verbietet sich von selbst. Denn sie kann nicht unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden, sondern sie muß angewandte Forschung, die nicht an der Oberfläche haften darf, sein. Diese wiederum muß sich aber mehr denn je auf den inneren Nutzen richten, weil nur noch auf diese Weise eine Befragung der Historie zulässig erscheint“ (S. 3 f.). Weshalb eine militärhistorische Grundlagenforschung sich „von selbst verbietet“, weshalb sie „nicht unter diesem Gesichtspunkt gesehen werden“ kann, führt Hermann nicht aus. Er

behauptet lediglich, daß es so sei. Mit dem „inneren Nutzen“ (ein von K. Wenniger 1902 geprägter, von H. Meier-Welcker 1960 wieder aufgenommener Begriff) ist die Auffassung von Geschichte als einem „Bildungsfaktor“ gemeint (G. Papke, s. Anm. 11, S. 419). — Zur Kritik vgl. Abschnitt 5 dieser Studie.

²⁹⁾ H. Meier-Welcker, dem das Verdienst zukommt, diese Absetzbewegung eingeleitet zu haben, stellte diesen Gesichtspunkt ins Zentrum seiner Argumentation. Folgerichtig definierte er die Militärgeschichtsforschung als reine Erkenntniswissenschaft: „Uns soll die jüngste Geschichte um ihres geschichtlichen Gehaltes willen und nicht wegen der vermeintlichen Möglichkeit größerer Nutzenanwendung interessieren . . .“ (1960, s. Anm. 11, S. 612).

³⁰⁾ Michael Howard, Nutzen und Mißbrauch der Militärgeschichte, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 12. Jg. 1962, H. 8, S. 424.

3. Was ist Friedens- und Konfliktforschung?

Diese Frage und die mit ihr zusammenhängenden vielfältigen Probleme³¹⁾ brauchen im Hinblick auf das vorliegende Thema nur sehr verkürzt erörtert zu werden. Der Saarbrückener Politologe Karl Kaiser hat in seiner 1970 veröffentlichten Bestandsaufnahme „Friedensforschung in der Bundesrepublik“³²⁾ die folgende Definition gegeben:

„Friedensforschung hat zum Ziel, mit wissenschaftlichen Methoden die Bedingungen einer friedlichen Welt, ihrer Schaffung und Aufrechterhaltung zu untersuchen und eine Praxeologie zur Durchsetzung des Friedens zu entwickeln.“

Da es der Friede ist, der das Ziel, den Gegenstand und damit auch die Prioritäten der Friedensforschung bestimmt, ist eine klare Definition von ‚Frieden‘ von zentraler Bedeutung. Aber gerade hier zeigt es sich, in welchem Ausmaß die Friedensforschung noch in ihren Anfängen steckt. Es gibt nämlich vorerst keinen Friedensbegriff, über den innerhalb der Wissenschaft — ganz zu schweigen von der politischen Praxis — ein Konsensus besteht.

Die allgemeine Übereinstimmung, daß man natürlich für den Frieden sei — sowohl in der Forschung als auch in der politischen Praxis —, stellt sich schnell als nur verbal heraus, wenn man versucht, dem Begriff des Friedens einen konkreten Inhalt zu geben.“

Kaiser versucht also erst gar nicht, so zu tun, als gebe es bereits eine theoretisch fundierte und allseits anerkannte Bestimmung der Disziplin Friedensforschung, sondern sein Definitionsversuch zeigt eher die ungelösten Probleme auf. Auch Claus Koch stellt in einem für den Bundesminister für Bildung und Wissenschaft erarbeiteten Bericht über die Friedensforschung³³⁾ fest: „Die Friedensforschung ist also bislang eine weitgehend theo-

riolose Forschungsrichtung geblieben... Dieser Theorieverzicht ist denn auch in der von vielen Friedensforschern (etwa Johan Galtung oder Karl Kaiser) vertretenen Auffassung von der Friedensforschung als angewandter Forschung oder Praxeologie impliziert. Damit bliebe die Friedensforschung fürs erste die Summe aller empirisch-analytischen Forschungsansätze, kennt also nur empirische Theorien, die auf einen — als solchen zunächst undefinierbaren und begriffslosen — Wert Frieden gerichtet sind.“

In der Diskussion um den Gegenstand und die Ziele der Friedensforschung behalf man sich aus den genannten Gründen bisher mit der von Galtung eingeführten Unterscheidung einer „negativen“ und einer „positiven“ Definition des Friedensbegriffs. Dabei wird unter negativem Frieden die Abwesenheit von Krieg oder organisierter kollektiver Gewaltanwendung verstanden. Dieser Friedensbegriff ist jedoch sehr problematisch. Denn „in Diktaturen kann Ruhe und Ordnung herrschen, wie ja auch auf dem Friedhof ‚Frieden‘ herrscht. Der negative Friedensbegriff sanktioniert also möglicherweise Unrechtstatbestände und kann in eklatanter Weise dem widersprechen, was ganze Bevölkerungsgruppen oder Völker unter ‚Frieden‘ verstehen. Potentiell bestätigt der negative Friedensbegriff den Status quo.“³⁴⁾ In der Gegenposition hierzu wird versucht, den Terminus Frieden positiv zu bestimmen, d. h., ihn mit konkreten Inhalten zu füllen, etwa mit Emanzipation des Individuums, Freiheit, Abwesenheit von Unterdrückung, Durchsetzung der Gleichheit und Gerechtigkeit, Überwindung der Ausbeutung u. a. m. Daß es hier, je nach individuellen Wertpositionen, eine Vielfalt von Meinungen gibt, braucht wohl kaum eigens hervorgehoben zu werden.

In Ermangelung eines in allgemein verbindlicher Weise definierten Zieles der Friedensforschung ist nun mehrfach vorgeschlagen worden, eine Bestimmung nach der für diese Disziplin charakteristischen Arbeitsweise vorzunehmen. Dabei werden folgende sechs Merkmale³⁵⁾ genannt:

³¹⁾ Zur Einführung: Reiner Kabel, Friedensforschung. Anfänge und Tendenzen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 13/70, und die Jahrbücher für Friedens- und Konfliktforschung, Düsseldorf 1971 ff.

³²⁾ Karl Kaiser, Friedensforschung in der Bundesrepublik, Göttingen 1970, S. 31.

³³⁾ Friedensforschung. Forschungsvorhaben — Institutionen — Planungen. Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung und des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft erarbeitet von Claus Koch, Bonn 1970, S. 8.

³⁴⁾ K. Kaiser (s. Anm. 32), S. 31 f.

³⁵⁾ Ich beziehe mich im wesentlichen auf K. Kaiser, S. 58—62. Vgl. aber auch Johan Galtung, Modelle zum Frieden. Methoden und Ziele der Friedensforschung, Wuppertal 1972, S. 25—37.

1. *Engagement zum Frieden, Wertbindung.* Bei der Friedensforschung handelt es sich also um eine wertorientierte Wissenschaft. Der Wert „Frieden“ wird damit das ausschlaggebende Relevanzkriterium für die Inangriffnahme und Bewertung von Forschung.
2. *Die gesamt-systemare Ansatzhöhe der Analyse.* Dieses Merkmal ergibt sich „aus der Erkenntnis, daß in einer ständig verflochtener werdenden Welt die Bedingungen des Friedens nur dann sichtbar werden können, wenn alle relevanten Dimensionen sozialen und politischen Lebens in den Gegenstand der Analyse einbezogen werden“³⁶⁾. Dazu gehört die Ebene des Individuums, der gesellschaftlichen Gruppen, der Staaten und auch die Ebene des internationalen Systems³⁷⁾.
3. *Die Notwendigkeit inter- und multidisziplinärer Zusammenarbeit,* z. B. der Fächer Internationale Beziehungen, Politikwissenschaft, Wirtschaftswissenschaft, Soziologie, Psychologie, Völkerrecht, Geschichtswissenschaft und andere.
4. Ein viertes Merkmal ist die *wirklichkeitsverändernde Zielsetzung.* Denn Friedensforschung untersucht und erklärt nicht nur die politische Wirklichkeit, sie entwickelt auch Normen menschlichen Handelns und Anleitungen zu ihrer Durchsetzung in der politischen Praxis. Sie ist somit eine angewandte Wissenschaft, eine Handlungswissenschaft.
5. Die Friedensforschung kann ihrer Aufgabe nur gerecht werden, wenn ihre *Unabhängigkeit*³⁸⁾ gewährleistet ist.

³⁶⁾ K. Kaiser (s. Anm. 32), S. 59.

³⁷⁾ Zum Problem der analytischen Ansatzhöhe in der Friedensforschung vgl. Klaus Jürgen Gantzel, System und Akteur. Beiträge zur vergleichenden Kriegsursachenforschung, Düsseldorf 1972, Teil I.

³⁸⁾ Unabhängigkeit ist für die Friedensforschung von besonderer Bedeutung, da sie nicht nur analysiert, sondern auch Veränderungsstrategien erarbeiten will. Der Grundsatz der Unabhängigkeit wissenschaftlicher Forschung gilt jedoch auch für staatliche Forschungsinstitutionen. Im Hinblick auf das Militärgeschichtliche Forschungsamt verdient festgehalten zu werden, was der damalige Staatssekretär K. Carstens vor Jahren feststellte: „Die wissenschaftliche Forschungsarbeit im Militärgeschichtlichen Forschungsamt muß — und das sehe ich als einen entscheidenden Grundsatz an — frei von politischen Weisungen jeder Art bleiben.“ K. Carstens, Militärpolitik und Militärgeschichte, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1967, S. 10.

6. Schließlich *darf sich die Friedensforschung nicht dem nationalen Interesse unterwerfen* — gerade im Namen des Nationalstaates wurden und werden die größten Gewalttaten begangen —, sondern sie muß in einem multinationalen Rahmen betrieben werden.

Auch diese sechs Merkmale sind allerdings so allgemein, daß ihre Summe noch keine zufriedenstellende Bestimmung von Friedensforschung ausmacht. Bezüglich des Praxisbezuges beispielsweise, der als ein unverzichtbares Merkmal genannt wird, bestehen weit divergierende Auffassungen: „Damit kann ebenso die Operationalisierbarkeit sicherheitspolitischer Konzepte, die Entwicklung von Abrüstungsmodellen, die wissenschaftliche Politikberatung wie die Hereinnahme von Verhaltensmodellen gewaltlosen Widerstandes in die persönliche Lebenspraxis gemeint sein.“³⁹⁾ Die Probleme, die mit der Bestimmung dessen zusammenhängen, was Friedensforschung ist oder sein soll, sind also vielfältiger Natur. Ein Blick auf die Wissenschaftsgeschichte anderer, anfangs sehr umstrittener Disziplinen — man denke beispielsweise an die Psychologie, die Soziologie oder die Politikwissenschaft — lehrt jedoch, daß sie alle Schwierigkeiten damit hatten, ihr Selbstverständnis zu artikulieren. Der Durchbruch wurde zumeist erst erzielt, als relevante Forschungsergebnisse vorgelegt werden konnten. Man sollte auch im Falle der Friedens- und Konfliktforschung nicht allzu lange über Definitionen streiten, sondern ihren Erfolg oder Mißerfolg an den erarbeiteten Forschungsergebnissen messen. Dabei ist, wie der in diesen Fragen engagierte Bundespräsident⁴⁰⁾ kürzlich zu bedenken gab, Ungeduld fehl am Platze: Denn „es hat Jahrtausende gedauert, bis die Möglichkeiten der Vernichtung, wie sie heute gegeben sind, entwickelt wurden. Friedensforschung (dagegen) ... gibt es mit den ersten kargen Anfängen erst seit knapp fünfzig Jahren“. Niemand kann „von heute auf morgen Patentrezepte hervorzaubern“.

Im folgenden soll nun, anknüpfend an einen kurzen wissenschaftsgeschichtlichen Rückblick, auf einige Trends in der modernen Friedensforschung hingewiesen werden. Als ein Vorläufer gilt die Disziplin der Internatio-

³⁹⁾ C. Koch (s. Anm. 33), S. 7.

⁴⁰⁾ G. W. Heinemann, Ansprache des Bundespräsidenten vor dem Konzil der Friedensforscher, veröffentlicht in: DGFK-Informationen 1—2/1973, Juni 1973, S. 7.

nenalen Beziehungen⁴¹⁾, ein Zweig der Politikwissenschaft, der sich nach dem Ersten Weltkrieg als Reaktion auf diesen herausbildete. Die Absicht, der Politik bei der Realisierung des Friedens zu helfen, machte das Lebenselixier dieser Disziplin aus. Damals verstand man den Frieden vor allem als ein Problem der Beziehungen zwischen Staaten und Regierungen, aus einem Blickwinkel also, den man heute als zu eng bezeichnen würde. Gerade die moderne Friedensforschung betont ja, daß neben den intergouvernementalen Beziehungen die gesellschaftlichen, ökonomischen, technologischen, innenpolitischen und psychologischen Aspekte des Friedens eine vielleicht ebenso große Bedeutung haben⁴²⁾.

Nach dem Zweiten Weltkrieg befaßte sich ein Teil der Vertreter der Internationalen Beziehungen in verstärktem Maße mit Fragen der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik⁴³⁾. Diese Richtung wurde unter dem Begriff der Strategischen Studien bekannt. Manche der in ihr tätigen Wissenschaftler versuchten auch, die Folgen eines möglichen Dritten Weltkrieges und insbesondere des Einsatzes nuklearer Waffen darzulegen sowie Wege zum Abbau internationaler Spannungen und zur Steuerung offener Krisen (crisis management) zu finden⁴⁴⁾. Strategische Studien blühten als wissenschaftliche Disziplin in den fünfziger und sechziger Jahren rapide auf, wobei die Forschungsfinanzierung durch Universitäten und Regierungen eine wichtige Rolle spielte. Wie Michael Banks⁴⁵⁾ in einem 1969 für die UNESCO erstellten Gutachten betont, war dieses Gebiet relativ spekulativ und am wenigsten wissenschaftlich ausgerichtet, dies zum Teil, weil es sich in erheblicher Weise mit Situationen beschäftigte, an denen empirische Beobachtungen und Versuche nicht nachvollziehbar sind, wie beispielsweise mit dem Atomkrieg, zum Teil aber auch, weil die

enge Verwandtschaft der Strategischen Studien zum Journalismus und zur praktischen Politik dahin tendierte, sie von den anderen Sozialwissenschaften isoliert zu halten. Im Hinblick auf die untersuchten Gegenstände ist die Strategie, die sich fast ausschließlich mit jenen Aspekten der auswärtigen Beziehungen von Staaten beschäftigt, die mit ihrer Sicherheit zu tun haben, im Vergleich zu den Internationalen Beziehungen und schon gar im Vergleich zur Friedensforschung thematisch sehr eng beschränkt. Die Richtung der Strategischen Studien, der auch die Theoretiker des Abschreckungssystems zuzurechnen sind und der die Vertreter der Arms-Control-Schule zumindest nahestehen, wird auch als konventionelle Konfliktforschung⁴⁶⁾ oder als Konfliktkontroll-Forschung bezeichnet.

Unter dem Eindruck der steigenden sozialen Kosten wechselseitiger Abschreckungspolitik, der sich verschärfenden Konfrontation zwischen „unterentwickelten“ und „entwickelten“ Ländern und der Eskalation sozialer Konflikte in Industrienationen bildete sich dann seit den fünfziger Jahren, zunächst in den USA⁴⁷⁾, dann auch in Europa, eine kritische Richtung heraus, „die die Harmonie-, Symmetrie- und Neutralitätsprämissen der Konfliktkontroll-Forschung genauso in Frage zu stellen begann wie deren Hoffnung auf eine Selbstverwandlung von ‚crisis management‘ in eine positive Friedensstrategie“⁴⁸⁾. Die Vertreter dieser kritischen Richtung argumentierten, die Strategischen Studien hätten ihr Augenmerk zu sehr auf zwischenstaatliches Verhalten gerichtet und die gesellschaftlichen und innenpolitischen Komponenten vernachlässigt. „In ihrem Bemühen, die nuklearen Waffen mit rationalen Methoden zu beherrschen“, so lautete die Kritik, „habe diese wissenschaftliche Ausrichtung ungewollt zur Stützung und Erstarrung des nuklearen Drohsystems beigetragen.“⁴⁹⁾ Zumindest habe sie keinen Ansatz zur Überwindung dieses Drohsystems der Nachkriegszeit geboten.

⁴¹⁾ Vgl. Ernst-Otto Czempel, Die Entwicklung der Lehre von den Internationalen Beziehungen, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. 1965, Nr. 3, S. 270—290.

⁴²⁾ K. Kaiser (s. Anm. 32), S. 21 f.

⁴³⁾ Vgl. Ernst-Otto Czempel, Der Beitrag der Wissenschaft zur Formulierung der amerikanischen Außenpolitik, in: Politische Vierteljahresschrift, 6. Jg. 1965, S. 465—483.

⁴⁴⁾ Erklärung zur Friedensforschung, in: Kritische Friedensforschung, hrsg. v. D. Senghaas, Frankfurt/M. 1971, S. 416.

⁴⁵⁾ Michael Banks, Der Zusammenhang zwischen der Lehre der Internationalen Beziehungen, der Friedensforschung und den Strategischen Studien (1969), abgedruckt bei K. Kaiser, Anhang, S. 255 ff.

⁴⁶⁾ Diesen Begriff verwendet D. Senghaas im editorischen Vorwort zu dem von ihm herausgegebenen Sammelband: Kritische Friedensforschung, Frankfurt/M. 1971, S. 7—9.

⁴⁷⁾ Vgl. etwa Anatol Rapoport, Strategy and Conscience, New York 1964.

⁴⁸⁾ Erklärung zur Friedensforschung (s. Anm. 44), S. 416.

⁴⁹⁾ K. Kaiser (s. Anm. 32), S. 18 f. Vgl. dazu insbesondere Dieter Senghaas, Abschreckung und Frieden. Studien zur Kritik organisierter Friedlosigkeit, Frankfurt/M. 1969.

Indem sie ein zukunftsorientiertes Problembewußtsein entwickelten und die analytischen Mängel der militärstrategischen Studien zu überwinden trachteten, gewannen die Kritiker der konventionellen Konfliktforschung immer mehr an Gewicht. Ihr Selbstverständnis formulierten sie in einer Erklärung⁵⁰⁾ aus dem Jahre 1971 folgendermaßen: „Kritische Friedensforscher lehnen eine am Status quo orientierte Befriedigungsforschung ab. Indem sie helfen, politische Apathie zu überwinden, die Fixierung auf Freund-Feind-Bilder abzubauen sowie verdeckte oder ideologisch verschleierte gesellschaftliche Konflikte bewußt zu machen, tragen sie dazu bei, emanzipatorische Lernprozesse in Gang zu setzen und eine nicht manipulierbare, politisch handlungsfähige Öffentlichkeit herzustellen.“ Dieses Selbstverständnis brachte zugleich eine erhebliche Ausweitung der Forschungsstrategie mit sich. Während die konventionelle Konfliktforschung sich auf die Vermeidung militärischer Konflikte innerhalb des bestehenden Systems beschränkte, also an einem „negativen“ Friedensbegriff orientiert war, legten die Kritiker des Abschreckungssystems nun den Schwerpunkt auf einen „positiven“ Friedensbegriff. Ihm zufolge wird Frieden heute, nach einer weithin anerkannten Definition⁵¹⁾, als ein Prozeß beschrieben, in dem direkte Gewalt immer mehr ausgeschaltet und in dem immer mehr soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird (Abwesenheit von direkter und struktureller Gewalt). Fortan wurde die Analyse von Rüstungsdynamik, von Imperialismus und von Aggressionspotentialen auf Grund systemspezifischer Arbeits- und Sozia-

lisationsbedingungen zu den vorrangigen Forschungsaufgaben erklärt⁵²⁾. Der Unterschied zwischen den beiden genannten Richtungen liegt also im wesentlichen im Konzept des Friedens und der davon gesteuerten Auswahl der Forschungsprojekte⁵³⁾. Das skandinavische Pendant zu der „kritischen Friedensforschung“ in der Bundesrepublik nennt sich „revolutionary peace research“⁵⁴⁾, weil die Forschung auf gesellschaftliche Veränderung, auf alternative Systeme hin angelegt ist. Man kann das Programm dieser Richtung — mit Krippendorff⁵⁵⁾ — auf folgende Formel bringen: „Wenn du den Frieden willst, verändere jene gesellschaftlichen Voraussetzungen, die bisher immer wieder zum Krieg geführt haben.“ Einen Einblick in die Komplexität des forschungsstrategischen Gesamtkonzepts der fortgeschrittensten deutschen Friedensforscher gibt ein von Fritz Vilmar erarbeiteter „systematischer Entwurf zur kritischen Friedensforschung“⁵⁶⁾. Er enthält — um hier wenigstens einige Stichworte zu geben — die fünf Abteilungen Sozialgeschichtliche Grundlegung, Ideologiekritik, Sozialpsychologie, Praeologie, Friedenspädagogik sowie eine thematische Konkretisierung dieser Schwerpunkte.

Die heftigen Kontroversen der vergangenen Jahre zwischen den verschiedenen „Schulen“ der Friedens- und Konfliktforschung scheinen in jüngster Zeit etwas zurückgetreten zu sein. Nunmehr stehen intensive Forschungsprogramme im Vordergrund. Das neue Förderungsprogramm⁵⁷⁾ der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung vom 8. Juni 1973 sieht vor, daß die verfügba-

⁵⁰⁾ Erklärung zur Friedensforschung (s. Anm. 44), S. 417.

⁵¹⁾ Johan Galtung, Gewalt, Frieden und Friedensforschung, in: D. Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt/M. 1971, S. 55—104. — Der Pädagoge H. v. Henting (Janusz Korczak oder Erziehung in einer friedlosen Welt, in: DGFK-Information 2—3/1972, S. 4) hat folgende sechs Aufgaben definiert, die diesen Begriff des positiven Friedens greifbarer werden lassen sollen: Die Vermeidung oder Verhinderung von Gewalt; die Sicherung der materiellen Bedürfnisse; die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit; die Gewährleistung und Forderung von politischer Mitbestimmung; die Wiederherstellung eines ausgewogenen Verhältnisses von Mensch und Umwelt, zwischen dem was wir machen, und dem, was wir nur zerstören können; die Verständigung zwischen den Generationen, zwischen der jüngeren, die die Welt nicht hinnehmen will, wie sie ist, und der älteren, die von dem guten Sinn dieser Welt nicht überzeugen kann.

⁵²⁾ Erklärung zur Friedensforschung (vgl. Anm. 44), S. 418.

⁵³⁾ Ernst-Otto Czempel, Kritische Friedensforschung, in: Dokumente, Zeitschrift für überregionale Zusammenarbeit, 1972, S. 257—260. Vgl. auch die systematische Abhandlung desselben Autors: Schwerpunkte und Ziele der Friedensforschung, München und Mainz 1972.

⁵⁴⁾ Vgl. Lars Dencik, Plädoyer für eine revolutionäre Konfliktforschung, in: D. Senghaas (Hrsg.), Kritische Friedensforschung, Frankfurt/M. 1971, S. 247—270, und Hermann Schmid, Friedensforschung und Politik, in: ebd., S. 25—54.

⁵⁵⁾ Ekkehart Krippendorff, Einleitung zu dem Sammelband „Friedensforschung“, Köln und Berlin 1968, S. 23.

⁵⁶⁾ Fritz Vilmar, Systematischer Entwurf zur Kritischen Friedensforschung, in: Kritische Friedensforschung, Frankfurt/M. 1971, S. 362—395.

⁵⁷⁾ Vgl. Jahrbuch für Friedens- und Konfliktforschung III/1973, Düsseldorf 1973, S. 178 f.

ren Forschungsmittel in den kommenden Jahren auf folgende zwei Problemfelder konzentriert werden sollen: 1. „Friedenswahrung und Übergangsstrategien in Europa“, wozu Untersuchungen über die internationalen und innergesellschaftlichen Bedingungen der Frie-

denswahrung im Ost-West-Konflikt ebenso gehören wie Untersuchungen von Strategien und Instrumenten friedlichen Wandels. 2. Konflikte zwischen westeuropäischen Industriestaaten und Entwicklungsländern und deren friedliche Überwindung.

4. Militärgeschichtsforschung — eine Zuträgerwissenschaft für die Friedensforschung?

Um die wirklichkeitsverändernde Zielsetzung der Friedensforschung zu verdeutlichen, haben einige ihrer Protagonisten⁵⁸⁾ sie als „angewandte“ Wissenschaft im Gegensatz zu den „reinen“ Wissenschaften bezeichnet. Sie gehen davon aus, daß die sogenannten reinen Wissenschaften ihre Aufgabe darin sehen, Aussagen darüber zu machen, wie die Dinge sind oder wie sie waren, während die sogenannten angewandten Wissenschaften ihre Aufgabe auch darin sehen auszusagen, wie die Dinge sein sollen und was man tun muß, damit sie so werden, wie sie sein sollen.

Diese Unterscheidung ist gewiß problematisch, zumal, wenn man sie auf die Sozial- und Geisteswissenschaften anzuwenden versucht, aber sie kann doch die Hauptschwierigkeit offenlegen helfen, die sich einer Kooperation von Geschichtswissenschaft und Friedensforschung in den Weg zu stellen scheint. Denn die Geschichtswissenschaft wird gewöhnlich — insbesondere, soweit sie lediglich deskriptiv arbeitet — zu den „reinen“ Wissenschaften gezählt, während die Friedensforschung ex definitione als „angewandte“ Wissenschaft gelten muß. Sie kann, heißt es, nur wirksam werden, wenn eine ganze Reihe „reiner“ Wissenschaften die Ergebnisse ihrer Grundlagenforschung einbringt, damit man ein möglichst großes Wissen darüber erhält, wie man irgendeinen Wert — hier den Wert Frieden — realisieren kann⁵⁹⁾. Friedensforschung ist somit Zielforschung, die ihre Anregungen nicht, wie die Grundlagenforschung, aus dem Forschungsprozeß selbst heraus (etwa durch das Auffinden von Wissenslücken) erhält, sondern aus übergeordneten Werten. Friedensforschung als angewandte Wissenschaft benutzt demnach die verschiedensten reinen

Wissenschaften als *Zuträgerwissenschaften*⁶⁰⁾. Sie ist auf diese angewiesen wie die Medizin auf die chemische, physikalische, biologische und psychologische Grundlagenforschung, um diesen vielgenannten, zugleich aber auch umstrittenen Vergleich⁶¹⁾ hier zu erwähnen. In der Friedensforschung wird also gefragt: Wie relevant sind bestimmte „reine“ Wissenschaften für die Durchsetzung des Wertes Frieden?⁶²⁾ Diese Frage läßt sich im Hinblick auf die interdisziplinäre Zusammenarbeit nicht allgemein beantworten. Denn eine solche Kooperation wird weitgehend vom einzelnen Forschungsgegenstand bestimmt. Immerhin liegt auf diesem Gebiet eine der fachspezifischen Herausforderungen für die Friedensforschung⁶³⁾, weil methodische Grundorientierungen ja nicht nur Disziplinen trennen, wie beispielsweise die Historie einerseits und die Sozialwissenschaften andererseits, sondern auch quer durch jede einzelne Disziplin zu beobachten sind. Auf dieses Problem wird später zurückzukommen sein.

Unumstritten ist die Notwendigkeit einer historischen Fundierung von Friedensforschung. Dies beweist eine Untersuchung⁶⁴⁾, die im Jahre 1965 auf Initiative der UNESCO an 70 über die ganze Welt verstreuten Institutionen durchgeführt wurde, die sich ganz oder teilweise mit Friedensforschung befassen. Befragt, welchen „reinen“ Wissenschaften sie die größte Bedeutung für die wissenschaftliche Arbeit auf dem Gebiet der Friedensforschung zuweisen, nannten die Vertreter dieser Institutionen die Geschichte immerhin an

⁵⁸⁾ Insbesondere Johan Galtung, *Friedensforschung*, in: E. Krippendorff (Hrsg.), *Friedensforschung*, Köln und Berlin 1968; und ders., *Modelle zum Frieden* (s. Anm. 35).

⁵⁹⁾ J. Galtung, *Modelle* (s. Anm. 35), S. 26—28.

⁶⁰⁾ K. Kaiser (s. Anm. 32), S. 22.

⁶¹⁾ J. Galtung, *Modelle* (s. Anm. 35), S. 2).

⁶²⁾ K. Kaiser (s. Anm. 32), S. 22.

⁶³⁾ D. Senghaas, *Kompositionsprobleme in der Friedensforschung*, in: ders. (Hrsg.), *Kritische Friedensforschung*, S. 337.

⁶⁴⁾ Vgl. J. Galtung, *Friedensforschung* (s. Anm. 58), S. 520.

sechster Stelle nach der Politikwissenschaft, den Internationalen Beziehungen, der Soziologie, den Wirtschaftswissenschaften und der Sozialpsychologie. Historiker gehören damit in die Gruppe von Wissenschaftlern, auf die ein interdisziplinär angelegtes Friedensforschungsinstitut in der Regel nicht verzichten möchte, ganz abgesehen davon, daß ja auch die anderen genannten Disziplinen die Geschichte nicht ausklammern können.

Ob eine auf die Bundesrepublik beschränkte Untersuchung dieser Art zu denselben Ergebnissen kommen würde, kann bezweifelt werden. Denn hierzulande ist es bisher keineswegs selbstverständlich, historische Beiträge in die Friedensforschung einzuziehen, weil insbesondere die Historiker dem Praxisanspruch der Friedensforscher mißtrauisch gegenüberstehen. Eine auf die Bundesrepublik Deutschland bezogene Bestandsaufnahme der Bonner Historikerin Annette Kuhn kommt denn auch zu dem Ergebnis: „Zurückhaltung und Skepsis bestimmen das gegenseitige Verhältnis von Friedensforschung und Geschichtswissenschaft.“⁶⁵⁾ Dieser wenig erfreuliche Zustand ist zum Schaden beider.

Aus der Sicht der Friedensforscher hat die Geschichtswissenschaft — und mit ihr ohne Zweifel auch die Militärgeschichtsforschung — die Funktion einer wichtigen Zuträgerwissenschaft. Das hat nichts damit zu tun, daß die Historie in die Lage gedrängt würde, lediglich zu einem Steinbruch für Informationen zu werden, wie Wolfgang J. Mommsen einmal in anderem Zusammenhang befürchtete⁶⁶⁾. Äußerungen dieser Art mögen angesichts der Dauerkrise der Geschichtswissenschaft verständlich sein. In Wirklichkeit geht es jedoch gar nicht darum, daß die Friedensforschung quasi als „Überwissenschaft“ andere Disziplinen auffrißt, sondern das Problem lautet viel einfacher, in welcher Weise diejenigen ihrer Vertreter, die die Wertorientierung der Friedensforschung teilen, dieser in sinnvoller Weise zuarbeiten beziehungsweise mit ihr zusammenarbeiten können. Die Aufgabe ist eine ganz praktische. Sie lautet, von Fall zu Fall, also mit Bezug auf ein ganz bestimmtes Forschungsprojekt, die Notwendigkeit und die Möglichkeit der Kooperation zu prüfen.

⁶⁵⁾ Annette Kuhn, *Theorie und Praxis historischer Friedensforschung*, Stuttgart und München 1971, S. 11.

⁶⁶⁾ Wolfgang J. Mommsen, *Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus*, Düsseldorf 1971, S. 37.

Von ihrem Forschungsgegenstand her könnte gerade auch die Militärgeschichtsforschung eine wichtige Zuträgerwissenschaft für die Friedensforschung werden, wenn sie zunehmend Fragestellungen formulierte und bearbeitete, die für letztere relevant sind. Das Militär als soziale Gruppe, als Instrument staatlicher Herrschaft nach innen und nach außen, als Träger bestimmter Ideologien, als einer der möglichen Produzenten von Freund-Feind-Bildern und Bedrohungsvorstellungen, als potentieller Mitverursacher oder auch als Verhinderer von bewaffneten Konflikten, als ein enormer Kostenfaktor für das Staatsbudget, als Auftraggeber für die Rüstungsindustrie und nicht zuletzt als ein politischer Faktor, der eine Eigendynamik entwickeln kann, ist ein Gegenstand historischer Forschung, der für die Friedens- und Konfliktforschung von erheblicher Relevanz sein kann. Die These liegt nahe, daß die Militärgeschichtsforschung zur Klärung vieler Fragen, die in dem großen Problemkreis „Krieg und Frieden“ angesiedelt sind, mehr als andere Zweige der Geschichtswissenschaft beizutragen vermag.

Bei dieser These handelt es sich allerdings mehr um eine Forderung als um das Ergebnis einer Bestandsaufnahme bisheriger Forschungen. Eine beeindruckende Anzahl militärhistorischer Studien, die zugleich als friedensrelevante Forschungen zu qualifizieren wären, ist m. W. bisher nicht nachweisbar. Die Situation ist vielmehr immer noch durch ein riesiges Defizit an friedensrelevanten historischen Studien gekennzeichnet. Es trifft vollständig zu, was Gustav W. Heinemann in seiner bereits zitierten Rede⁶⁷⁾ anlässlich der DGFK-Gründung gesagt hat: „Unendlicher Fleiß ist seit erdenklichen Zeiten von Geschichtsschreibern darauf verwendet worden, den Verlauf von Schlachten und Kriegen darzustellen. Auch den vordergründigen Ursachen von Kriegen wurde nachgespürt. Aber nur wenig Kraft, Energie und Mühe wurde in aller Regel darauf verwandt, sich darüber Gedanken zu machen, wie man sie hätte vermeiden können.“

Die m. W. erste Arbeit, die überzeugend ausweist, wie sich Friedensforschung und Geschichtswissenschaft gegenseitig befruchten können, stammt aus der Feder des in Norwich lehrenden Historikers Volker R. Berghahn. Sein 1973 publiziertes Buch „Rüstung und Machtpolitik. Zur Analyse des ‚Kalten Krie-

⁶⁷⁾ Heinemann (s. Anm. 4), S. 1526.

ges' vor 1914⁶⁸⁾ enthält den Versuch, mit dem begrifflichen Instrumentarium der Friedens- und Konfliktforschung ein im weiteren Sinne militärhistorisches Thema zu bearbeiten, nämlich das europäische Wettrüsten vor dem Ersten Weltkrieg. Dieser Stoff bot sich für den Autor nicht nur an, weil er in ihm quellenmäßig „zu Hause“ ist⁶⁹⁾, sondern auch, weil die bundesrepublikanische Friedens- und Konfliktforschung in der Rüstungsforschung ihre vielleicht stärksten Fortschritte gemacht hat⁷⁰⁾. Berghahn übernimmt die Kategorien und Erklärungsmodelle, die in erster Linie für den amerikanischen militärisch-industriellen Komplex entwickelt worden sind, und überprüft sie anhand des Aktenmaterials. Er läßt sich dabei von der — wie sich erweist — begründeten Hoffnung leiten, daß das von der modernen Rüstungsforschung angebotene Instrumentarium die Möglichkeit zu völlig neuen Einsichten in die Rüstungspolitik des von ihm behandelten Zeitabschnitts bietet.

Um den Inhalt der Berghahnschen Studie wenigstens anzudeuten, seien hier einige der bedeutsamsten Ergebnisse erwähnt: Die deutsche Flottenrüstungspolitik war nicht so sehr eine Reaktion auf die Seerüstungen anderer Nationen, sie war keine Stufe in einem bereits in Gang befindlichen internationalen Rüstungswettrüsten, sondern sie war zu Beginn (1897/98) in stärkerem Maße „das Ergebnis von Impulsen, die zu weiten Teilen aus den Schwierigkeiten herrührten, mit denen sich das preußisch-deutsche Herrschaftssystem ge-

gen Ende des 19. Jahrhunderts konfrontiert sah“⁷¹⁾. Mit anderen Worten: Der rüstungspolitische Kurs des Deutschen Reiches ist nicht „als eine unmittelbare Reaktion auf die Rüstungsmaßnahmen einer anderen Nation zu begreifen“; vielmehr hing er in erster Linie mit der inneren Krisis zusammen, war also wesentlich, wenn auch nicht ausschließlich „selbstinduziert“, d. h. durch eine unilaterale, innenpolitisch motivierte Entscheidung der Reichsleitung verursacht. Langfristig war er darauf gerichtet, auf dem Umweg über Machtpolitik nach außen („Weltpolitik“) das Herrschaftssystem auf Dauer stabilisieren zu können⁷²⁾.

Bei der untrennbar mit dem Namen Tirpitz verbundenen maritimen Rüstungspolitik des Deutschen Reiches scheint es sich, der Berghahnschen Analyse zufolge, um das erste *moderne* Rüsten zu handeln, d. h., es besaß bereits „so gut wie alle Charakteristika, die inzwischen als typisch für Rüstungsprozesse erarbeitet worden sind“⁷³⁾. So kann man beispielweise seit der zweiten Hälfte der neunziger Jahre die Entstehung eines militärisch-industriellen Komplexes moderner Prägung verfolgen, kann zeigen, wie die der Öffentlichkeit gegenüber betriebene umfangreiche Verschleierungs- und Täuschungstaktik funktionierte, wie dann zur Legitimierung der Rüstungen Freund-Feind-Gefühle mobilisiert wurden, die später eine zunächst nicht beabsichtigte Eigendynamik entwickelten, wie aus dem anfangs einseitigen deutschen Rüsten allmählich ein deutsch-englisches Wettrüsten wurde, das bald über die quantitative Dimension hinaus auch eine qualitative gewann, schließlich, wie das autistische (extrem selbstbezogene) Verhalten des deutschen Führungspersonals — Berghahn belegt dies am Beispiel Wilhelms II. — zu Fehlperzeptionen führte, die den Gedanken an Boden gewinnen ließen, die ausweglose Situation durch einen Krieg zu überwinden.

Insgesamt belegt diese Studie, wie anregend sich die Anwendung der in der Friedens- und Konfliktforschung entwickelten analytischen Kategorien auf die historische Forschung auswirken kann, zugleich aber auch, wie die Ge-

⁶⁸⁾ Volker R. Berghahn, *Rüstung und Machtpolitik. Zur Anatomie des „Kalten Krieges“ vor 1914*, Düsseldorf 1973.

⁶⁹⁾ V. R. Berghahn/W. Deist, *Kaiserliche Marine und Kriegausbruch 1914. Neue Dokumente zur Juli-Krise*, in: *Militärhistorische Mitteilungen* 1/1970, S. 37—58; V. R. Berghahn, *Zu den Zielen des deutschen Flottenbaus unter Wilhelm II.*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 210, 1970, H. 1, S. 34—100; ders., *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971; ders., *Der Tirpitz-Plan und die Krisis des preußisch-deutschen Herrschaftssystems*, in: H. Schottelius und W. Deist (Hrsg.), *Marine und Marinepolitik*, Düsseldorf 1972, S. 89—115; ders., *Germany and the Approach of War in 1914*, London 1973.

⁷⁰⁾ Vgl. u. a. Fritz Vilmar, *Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus*, Reinbek 1973; Dieter Senghaas, *Rüstung und Militarismus*, Frankfurt/M. 1972; Ulrich Albrecht, *Der Handel mit Waffen*, München 1971.

⁷¹⁾ Berghahn (s. Anm. 68), S. 11.

⁷²⁾ Ebda., S. 14, 18, 33, 35.

⁷³⁾ Ebda., S. 10. Zum Folgenden die Kapitel III und IV des Buches.

schichtswissenschaft ihrerseits zu einer Bestätigung, Korrektur oder Verwerfung von Erklärungsmodellen beitragen kann, die die moderne Rüstungsforschung entwickelt hat, und zwar mit dem Hauptaugenmerk auf die Rüstungsdynamik des „Kalten Krieges“ der Nachkriegszeit. Es ist beinahe unnötig hinzuzufügen, daß die Rüstungspolitik ein zentrales Problem der Geschichte des 20. Jahrhunderts darstellt.

Die These, Militärgeschichtsforschung könne in eine produktive Kooperation mit der Friedensforschung eintreten, und dies sogar mit mehr sachlicher Berechtigung als andere Zweige der Geschichtswissenschaft, bezieht sich, was hier zur Vermeidung von Mißverständnissen angemerkt zu werden verdient,

auf die oben beschriebene „moderne“ Militärgeschichtsforschung. Die frühere und teilweise noch heute betriebene Kriegsgeschichte mit ihrem „kriegerischen“, auf militärische Operation und Taktik ausgerichteten Erkenntnisinteresse sowie die Wehrgeschichte mit ihrer auf die „wehrpolitische Erziehung des Volkes“ (G. Oestreich) zielenden Aufgabenstellung ist damit nicht angesprochen. Diese Form der Beschäftigung mit militärhistorischen Fragen steht in einem mehr oder weniger krassen Gegensatz zu den Intentionen der Friedensforschung, insbesondere jedoch zu ihrer kritischen Richtung. Kooperationswünsche dürften in diesem Falle wohl nicht gegeben sein, weshalb sich auch die Frage nach Kooperationsmöglichkeiten erübrigt.

5. Über den Praxisbezug der Geschichtswissenschaft

Es wurde schon darauf hingewiesen, daß viele Historiker in der wirklichkeitsverändernden Zielsetzung der Friedensforschung, ihrer ausdrücklichen Ausrichtung auf gesellschaftliche und politische Praxis, das Haupthindernis sehen, das sich einer Kooperation beider Gebiete in den Weg stellt. Die Geschichtswissenschaft, so wird gesagt, beschäftige sich mit der Vergangenheit; es sei nicht ihre Aufgabe, aus der Vergangenheit unmittelbare Schlüsse auf eine gegenwärtige oder zukünftige Praxis zu ziehen; die historische Methode verbiete ein solches Verfahren.

Damit ist zweifellos eine äußerst komplexe Thematik angeschnitten. Sie berührt ganz generell das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaft. Auf eine griffige, die Gegensätze freilich übertreibende Kurzformel gebracht, lautet die Schwierigkeit: Die Geschichtswissenschaft widmet sich eher dem Individuellen, die Soziologie — mit ihr die sozialwissenschaftlich orientierte Friedens- und Konfliktforschung — eher dem Allgemeinen; hier die idiographische, individualisierende, Eigentümlichkeiten beschreibende, dort die nomothetische, generalisierende, Gesetzmäßigkeiten erkennende Betrachtungsweise; hier große Zurückhaltung gegenüber jeder Theoriebildung, dort ausdrückliche Zielorientierung auf eine möglichst umfassende Theorie hin. Diese Dichotomien mögen in der wissenschaftlichen Alltagspraxis immer noch

häufig zutreffen. Sie verlieren jedoch zunehmend ihre Gültigkeit, je mehr sich Geschichtswissenschaft und Sozialwissenschaft aufeinander zubewegen — ein Prozeß, der gerade in den letzten Jahren verstärkt in Gang gekommen ist. Die aus der Entstehungsgeschichte beider Disziplinen herrührenden Gräben werden allmählich zugeschüttet. Die vielfach zu beobachtenden Plädoyers für eine Synthese, etwa für eine „historische Sozialwissenschaft“⁷⁴⁾, sind nicht ohne Echo geblieben. Aus den mit dieser Entwicklung verbundenen methodischen Erörterungen werden auch diejenigen Wissenschaftler Anregungen beziehen können, die sich mit der Frage beschäftigen, wie historisches Wissen in die Friedens- und Konfliktforschung eingebracht werden kann. Dabei wird es sich als hilfreich, ja als notwendig erweisen, von der undifferenzierten Gegenüberstellung Praxisbezug einerseits, l'art pour l'art andererseits wegzukommen. Denn wer das vielschichtige Problem „Geschichtswissenschaft und Praxis“ mit der Feststellung abtut, der Historiker

⁷⁴⁾ Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Geschichte als historische Sozialwissenschaft*, Frankfurt/M. 1973. Über die Diskussion zwischen Historikern und Soziologen informieren die Sammelbände: *Geschichte und Soziologie*, hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln 1972, und *Peter Christian Ludz (Hrsg.), Soziologie und Sozialgeschichte. Aspekte und Probleme*, Opladen 1972.

könne keine „Rezepte“ für die Bewältigung der Gegenwart oder für die Gestaltung der Zukunft ausschreiben⁷⁵⁾, wird ihm nicht gerecht. Eine differenzierte Analyse dieser Frage ergibt vielmehr, wie weiter unten zu zeigen sein wird, daß die Geschichtswissenschaft, die sich heute ja nicht nur einer, sondern einer Vielzahl von Methoden bedient, sehr wohl in einem Lebenszusammenhang steht und sehr wohl praktisch wirksam ist, auch dort, wo sie nicht zur Rezeptesammlung herabgewürdigt wird.

Die immer noch häufig anzutreffende Betonung der Einmaligkeit und Unwiederholbarkeit des historischen Gegenstandes — die mit einer auf Gesetzeswissen zielenden Friedens- und Konfliktforschung kollidiert — ist ein Erbe des „klassischen Historismus“⁷⁶⁾. Der Glaube, die Geschichte sei „das Reich des Einmaligen“⁷⁷⁾, wurde auch bestimmend für die Erkenntnistheorie des Historismus. Denn die Überzeugung, daß wissenschaftliche Erforschung der Geschichte zu objektiver Erkenntnis der geschichtlichen Wirklichkeit führt, ist eingebettet in die Annahme, daß historisches „Verstehen“ nur möglich ist, wenn wir uns in das einmalige Wesen des jeweiligen historischen Gegenstandes hineinversetzen⁷⁸⁾. Zweifellos hat der aus dieser Position resultierende erkenntnistheoretische Relativismus die Präzision der Geschichtsschreibung erheblich gefördert, dies freilich häufig auf Kosten einer theoretischen Reflexion historischer Entwicklungsprozesse⁷⁹⁾. Die Verabsolutierung der Forderung Rankes, das Vergangene müsse in seiner Einmaligkeit und Individualität gesehen werden, weil nur so objektive, „wissenschaftliche“ Geschichtsschreibung möglich sei, führte dazu, daß sich die Historiker den Bezug des historischen Fragens zum gegenwärtigen Denken und zu den aktuellen Problemen des gesellschaftlichen Lebens verstellten⁸⁰⁾. Geschichte verwandel-

te sich so in ein „Museum“ unverbindlicher Vergangenheiten. Der Lebenszusammenhang der Geschichte als Wissenschaft, ihr Praxisbezug, geriet immer mehr aus dem Blick. Vertreter einer solchen antiquarischen Geschichtsbetrachtung betreiben Geschichte „um ihrer selbst willen“; sie sehen in ihrer Disziplin die reine Erkenntniswissenschaft. Insbesondere nach dem Zusammenbruch von 1945, der weithin als ein Kontinuitätsbruch interpretiert wurde, nahm der Trend zur positivistischen Einzelforschung zu. Der Historismus, der ja immer mehr als eine Methode war, da sich in ihm zugleich metaphysische Voraussetzungen mit politisch-konservativen Anschauungen verquickten⁸¹⁾, war in seine wohl tiefste Krise gestürzt. Faktographische Detailforschungen könnten, wie man nun glaubte, den politischen Implikationen noch am ehesten entraten und die Verwirklichung des Ideals wissenschaftlicher Objektivität gewährleisten. Vielfach wurde der Bezug zur Gegenwart vollends abgetrennt. Wie Wolfgang J. Mommsen feststellt, ist die Überwindung des naiv-positivistischen Denkens in der Geschichtswissenschaft auch heute noch nicht völlig vollzogen⁸²⁾. Und außenstehende Beobachter haben noch eindeutiger festgestellt, der Historismus sei „zum Positivismus der Geisteswissenschaften“ geworden⁸³⁾.

Im folgenden wird nun die freilich nicht neue These vertreten, daß die Geschichtswissenschaft schon immer in einem Praxisbezug stand und steht, ob sie will oder nicht, ob sie sich dessen bewußt ist oder nicht. Unter Praxis soll dabei, um dies vorweg zu sagen, nicht nur die unmittelbare Anwendung historischer Erkenntnisse auf die Gegenwart oder Zukunft verstanden werden; vielmehr wird, wie bereits angedeutet, ein differenzierter Praxisbegriff gefunden werden müssen. Die Erörterung dieses Problems geschieht in der Absicht nachzuweisen, daß der eingangs behauptete Gegensatz zwischen Friedensforschung und Geschichtswissenschaft nur ein scheinbarer ist.

⁷⁵⁾ R. Wohlfeil (s. Anm. 14), S. 28.

⁷⁶⁾ Georg G. Iggers, *Deutsche Geschichtswissenschaft*, München 1971, S. 365.

⁷⁷⁾ Ebda., S. 13 und 21.

⁷⁸⁾ Ebda., S. 20.

⁷⁹⁾ Hans Peter Dreitzel, *Theorielose Geschichte und geschichtslose Soziologie*, in: *Geschichte und Soziologie* (s. Anm. 74), S. 38 f.

⁸⁰⁾ Wolfgang J. Mommsen, *Historisches Denken in der Gegenwart*, in: *Fischer-Lexikon Geschichte*, Frankfurt/M. 1969, S. 97.

⁸¹⁾ Iggers (s. Anm. 76), S. 377.

⁸²⁾ W. J. Mommsen (s. Anm. 80), S. 98.

⁸³⁾ Jürgen Habermas, *Technik und Wissenschaft als Ideologie*, Frankfurt/M. 1968, S. 149. Ebenso Dreitzel (s. Anm. 79), S. 39.

Zuvor soll jedoch noch einmal kurz rekapituliert werden, welche Position die Militärgeschichtler bei ihren Diskussionen zur Standortbestimmung in den sechziger Jahren hinsichtlich der Frage nach der möglichen Nutzanwendung historischen Wissens bezogen haben. Wie erinnerlich, konzentrierte man sich seinerzeit darauf, eine Absetzbewegung von der traditionellen Kriegs- und Wehrgeschichte einzuleiten. Insbesondere wollte man sich von dem Zwang befreien, militärtechnisch verwertbares Wissen erzeugen und in traditionsbildender Absicht soldatische Vorbilder heroisieren zu müssen. Die Debatte wurde ausgelöst durch das Argument H. Meier-Welckers, es habe eine „radikale Wandlung im Kriegswesen“ stattgefunden; daher sei es ein Trugschluß zu meinen, die Kriegführung des Zweiten Weltkrieges beispielsweise könne „für uns“ (gemeint ist: für die Militärs) in praktischer Hinsicht lehrreich sein⁸⁴). Das bedeutete eine klare Absage an die traditionelle „kriegskundliche“ Ausrichtung unter Hinweis auf eine vollständig neue militärische Situation, die eine technisch-praktische Nutzenanwendung kriegsgeschichtlicher Studien von der Sache her nicht mehr zuzulassen schien. Hinsichtlich der dann noch verbleibenden Funktion der Militärgeschichtsforschung gipfelte die damalige Diskussion in der Forderung, das Hauptaugenmerk sei auf den „inneren Nutzen“⁸⁵) zu richten, womit ein reichlich abstrakt verstandener Bildungswert der Geschichte gemeint war. Deutlich wurde immerhin, daß man den Begriff „Bildung“ bewußt als Gegensatz zur praktischen Nutzenanwendung herausstellte. F. Forstmeier forderte, die Geschichtswissenschaft dürfe sich „in kein Interesse einspannen lassen“; denn für den Historiker gebe es keine andere Verpflichtung als „die Erkenntnis der Wahrheit“; er blicke auf die Ereignisse und Menschen „absichtslos“⁸⁶). Auch G. Papke betonte, der Historiker sei in seiner Haltung „meditativ und kontemplativ“; er betrachte seine Gegenstände, „um zu verstehen“⁸⁷). Unter

Bildung wurde also die zweckfreie und auf keinen praktischen Nutzen gerichtete Beschäftigung mit Geschichte verstanden. Zugleich konnte jedoch nicht völlig gelehrt werden, daß Bildung ihrerseits zumindest sekundäre Wirkungen ausübt, sie damit doch irgendwie in ein Interesse eingespannt ist. Im Hinblick auf den institutionalisierten Verwendungszusammenhang von Militär- und Kriegsgeschichte konnte das jedoch, wie G. Göhler richtig analysiert hat, wiederum nur bedeuten, „daß der mit ihr Konfrontierte als militärischer Führer aus dieser Beschäftigung für die Meisterung von Situationen Gewinn ziehen kann“⁸⁸). Insoweit war die begriffliche Abgrenzung zwischen Bildung und praktischer Nutzenanwendung niemals scharf. Die auf K. Wenninger zurückgehende Wortbildung „innerer Nutzen“⁸⁹) spiegelt vielleicht am besten das Dilemma wider, in das die Diskussion geriet: einerseits plädierte man für Wertfreiheit, Objektivität, Unabhängigkeit von Interessen, für das Ideal der reinen Erkenntniswissenschaft, andererseits war jedoch auch nicht zu übersehen, daß Militärgeschichte als Bildungselement auf Umwegen doch wieder in den Bannkreis militärischer Interessen geriet. Dies ist genau der Punkt, an dem die damaligen Überlegungen nun wieder aufgenommen und zu Ende gedacht werden müßten. Die folgenden Ausführungen über den Praxisbezug der Geschichtswissenschaft sollen dazu anregen. Sie beinhalten den Versuch, dieses Thema differenziert anzugehen, indem dargelegt wird, welche unterschiedlichen erkenntnisleitenden Interessen unter welchen methodischen Voraussetzungen in die historische Forschung eingehen können. Diese Unterscheidung macht zugleich Aussagen über die verschiedenen „praktischen“ Verwendungszusammenhänge historischer Forschungsergebnisse möglich.

a) Interesse an Kommunikation

Die Erkenntnis, daß die Wissenschaften in einen Interessenzusammenhang, in einen praktischen Lebensbezug eingebettet sind, ist kei-

⁸⁴) H. Meier-Welcker (1960, s. Anm. 11), S. 609 f.

⁸⁵) Vgl. die in Anm. 11 genannten Aufsätze, insbesondere die von F. Forstmeier, H. Meier-Welcker und G. Papke.

⁸⁶) F. Forstmeier, Kritische Forschung im Bereich der Militär- und Kriegsgeschichte, in: Wehrwissenschaftliche Rundschau, 12. Jg. 1962, S. 304 f.

⁸⁷) G. Papke (s. Anm. 11), S. 418.

⁸⁸) G. Göhler (s. Anm. 11), S. 648.

⁸⁹) Karl Wenninger, Über Ziele des kriegsgeschichtlichen Studiums, in: Militärwochenblatt, 87. Jg. 1902, Sp. 1269—1275.

neswegs neu. In jüngster Zeit ist sie wohl am nachhaltigsten von J. Habermas vertreten und begründet worden. Seine Arbeiten über das Problem „Erkenntnis und Interesse“⁹⁰⁾ haben inzwischen einen bahnbrechenden Einfluß ausgeübt. Sie fanden auch in einigen neueren Standortbestimmungen der Geschichtswissenschaft ihren Niederschlag. Daß die wissenschaftstheoretische Diskussion jedoch nach wie vor in erster Linie von den Soziologen vorangetrieben wird, hat einen ganz praktischen Grund: In den Sozialwissenschaften erzwingt nämlich die Forschungspraxis eine ständige Reflexion auf das Verhältnis verschiedener Methoden zueinander, insbesondere auf das Verhältnis von analytischen und hermeneutischen Verfahrensweisen⁹¹⁾. In der Geschichtswissenschaft legte man dagegen schon bei der ersten großen wissenschaftstheoretischen Auseinandersetzung am Anfang dieses Jahrhunderts⁹²⁾ „allerorten starke Neigungen an den Tag, sich in den überkommenen Positionen einzuigeln“⁹³⁾. Daran hat sich, von einigen bemerkenswerten Ausnahmen abgesehen, bis heute nichts Entscheidendes geändert. Es ist vielleicht symptomatisch, daß die Historische Zeitschrift der Auseinandersetzung über die Werturteilsfrage lediglich 1970 und 1972 je einen Aufsatz⁹⁴⁾ widmete.

Habermas versuchte für verschiedene Wissenschaftsgruppen einen Zusammenhang von logisch-methodischen Regeln und erkenntnisleitenden Interessen nachzuweisen. Das Fazit seiner Darlegungen lautet: „In den Ansatz der

empirisch-analytischen Wissenschaften geht ein *technisches*, in den Ansatz der historisch-hermeneutischen Wissenschaften ein *praktisches* und in den Ansatz kritisch orientierter Wissenschaften... (ein) *emanzipatorisches* Erkenntnisinteresse ein...“⁹⁵⁾. Den historisch-hermeneutischen Wissenschaften, damit auch der Geschichtswissenschaft, wird also ein praktisches Erkenntnisinteresse zugeordnet. Was bedeutet das? Damit wird nicht behauptet — um zunächst einmal ein mögliches Mißverständnis auszuräumen —, daß die Historiker die Geschichte zum Zwecke einer Rezeptesammlung studieren. Habermas stellt vielmehr einen Bezug her zwischen der historischen Methode (dem hermeneutischen Sinnverstehen) und dem erkenntnisleitenden Interesse des Historikers. Genauer gesagt: Er behauptet, das praktische Erkenntnisinteresse sei eine notwendige Konsequenz der hermeneutischen Verfahrensweise. „Praktisch“ wird dieses Erkenntnisinteresse genannt, weil es sich „handlungsorientierend“ auswirkt, und zwar sowohl für den Forscher als auch für sein Publikum. Das hermeneutische Verfahren geht darauf aus, „die intersubjektivität der Verständigung in der ungangssprachlichen Kommunikation und im Handeln unter gemeinsamen Normen zu sichern“. Es ist „seiner Struktur nach darauf angelegt, innerhalb kultureller Überlieferungen ein mögliches handlungsorientierendes Selbstverständnis von Individuen und Gruppen und ein reziprokes Fremdverständnis anderer Individuen und anderer Gruppen zu garantieren“⁹⁶⁾.

Es wird also — erste Ebene der Argumentation — behauptet, der praktische Lebensbezug der Hermeneutik lasse sich aus der Struktur des Verstehens selber ableiten⁹⁷⁾. Diese Behauptung wird verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das „Sinnverstehen“, mit dessen Hilfe sich der Historiker den Zugang zu den „Tatsachen“ verschafft, nur innerhalb eines schon immer mitgesetzten Bezugsrahmens möglich ist⁹⁸⁾: „Es sieht so aus, als ob sich der Interpret in den Horizont der Welt oder der Sprache hineinversetzte, aus der ein überlieferter Text jeweils seinen Sinn

90) Jürgen Habermas, Erkenntnis und Interesse, Frankfurt/M. 1968; ders., Technik und Wissenschaft als Ideologie, Frankfurt/M. 1968; ders., Zur Logik der Sozialwissenschaften, Frankfurt/M. 1970.

91) Habermas, Zur Logik der Sozialwissenschaften, S. 73.

92) Vgl. Ralf Dahrendorf, Pfade aus Utopia, München 1967, S. 74—88; Ernst Topitsch (Hrsg.), Logik der Sozialwissenschaften, Köln und Berlin 1967, Teil IV.

93) Wolfgang J. Mommsen, Die Geschichtswissenschaft jenseits des Historismus, Düsseldorf 1971, S. 14.

94) Detlef Junker, Über die Legitimität von Werturteilen in den Sozialwissenschaften und der Geschichtswissenschaft: in: HZ Bd. 211, 1970, S. 1—33; Hermann von der Dunk; Wertfreiheit und Geschichtswissenschaft, in: HZ Bd. 214, 1972, S. 1—25.

95) Habermas, Technik, S. 155.

96) Habermas, Erkenntnis, S. 221.

97) Ebda., S. 222.

98) Habermas, Technik, S. 157 f.

bezieht. Aber auch hier konstituieren sich die Tatsachen erst im Verhältnis zu den Standards ihrer Feststellung. Wie das positivistische Selbstverständnis den Zusammenhang von Meßoperationen und Erfolgskontrollen nicht ausdrücklich in sich aufnimmt, so unterschlägt es auch jenes an der Ausgangssituation haftende Vorverständnis des Interpretieren, durch das hermeneutisches Wissen stets vermittelt ist. Die Welt des tradierten Sinnes erschließt sich dem Interpretieren nur in dem Maße, wie sich dabei zugleich dessen eigene Welt aufklärt. Der Verstehende stellt eine Kommunikation zwischen beiden Welten her; er erfährt den sachlichen Gehalt des Tradierten, indem er die Tradition auf sich und seine Situation *anwendet*. Die methodischen Regeln der historisch-hermeneutischen Wissenschaften vereinigen Habermas zufolge also „Auslegung mit Applikation“. Das bedeutet, „daß die hermeneutische Forschung die Wirklichkeit unter dem leitenden Interesse an der Erhaltung und der Erweiterung der Intersubjektivität möglicher handlungsorientierender Verständigung erschließt“. „Praktisch“ heißt dieses Erkenntnisinteresse, wie gesagt, weil es auf möglichen Konsensus von Handelnden im Rahmen eines tradierenden Selbstverständnisses abzielt.

Damit ist zugleich eine zweite Ebene angesprochen: Geschichtswissenschaft ist praktisch wirksam, indem historisches Wissen vermittelt in Sozialisationsprozessen, auf allen Ebenen unseres Bildungssystems ein Geschichtsbild produziert. Dieses Geschichtsbild orientiert das Handeln der Menschen in ihren sozialen Bezügen. Dasselbe praktische Erkenntnisinteresse, das sich aus der Struktur der Hermeneutik ableiten läßt, bestimmt also auch den Verwendungszusammenhang der Produktivkraft Geschichtswissenschaft: „Die Geschichtsschreibung und die Philologien bestimmen die Richtung, in der die kulturelle Überlieferung angeeignet und im praktischen Bewußtsein der gebildeten bürgerlichen Schichten fortgebildet wird.“⁹⁹⁾

Das Grundanliegen von Habermas besteht, wie ersichtlich, darin, den objektivistischen Schein der hermeneutischen Wissenschaften zu zerstören, indem er das nachzuweisen ver-

sucht, was der Objektivismus verdeckt, nämlich den Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse. Mit anderen Worten: Er fordert, die objektivistische Einstellung — die theoretische Aussagen naiv auf Sachverhalte bezieht und die unterschlägt, daß sich der Sinn solcher Aussagen erst im Rahmen des vorgängig mitgesetzten Bezugssystems bildet¹⁰⁰⁾ — zu überwinden und sich darüber klar werden, daß die Einsicht in den Zusammenhang von Erkenntnis und Interesse die Bedingungen möglicher Objektivität erst freilegt¹⁰¹⁾.

Der Gedanke, daß jede wissenschaftliche Erkenntnis eine „Interessenbasis“¹⁰²⁾ hat, ist in der wissenschaftstheoretischen Diskussion innerhalb der Geschichtswissenschaft zunehmend berücksichtigt worden. Hans-Ulrich Wehler verdeutlichte ihn mit dem folgenden Beispiel¹⁰³⁾: „Wer nach der Mitte des 19. Jahrhunderts das allgemeine Wahlrecht für Männer und Frauen für wünschenswert hielt, schrieb über deutsche Innenpolitik anders als der gewöhnliche Konservative; wer heute Herrschaft im Betrieb auflösen will, schreibt Industriegeschichte anders als der treue Hagiograph von Unternehmern.“ Daraus ergibt sich für Wehler: „Auch die erkenntnisleitenden Interessen des Historikers implizieren daher immer Vorstellungen von einer wünschbaren, anderen, besseren Zukunft.“ Da es als selbstverständlich gelten dürfe, daß auch der Historiker den Ideen und Impulsen, den Maßstäben und Mächten seiner „Gegenwart“ unaufhebbar verpflichtet sei, sei nun „endlich seine bewußte Rechenschaftslegung über diese Verpflichtung zu erwarten“. Daß sich diese Forderung schon auf den ersten Akt jedes Forschungsprozesses, nämlich die Auswahl des Forschungsgegenstandes, bezieht, ist vielfach festgestellt worden. Denn, um mit Wolfgang J. Mommsen¹⁰⁴⁾ zu sprechen, „die Fragestellungen sowie die Kategorien, mit denen der Historiker an seinen Gegenstand herantritt, sind bezogen auf das Bewußtsein und die konkrete historische Situation derjenigen gesellschaftlichen Gruppe beziehungsweise Mehrzahl von Gruppen, denen

¹⁰⁰⁾ Habermas, Technik, S. 155.

¹⁰¹⁾ Habermas, Erkenntnis, S. 224.

¹⁰²⁾ Ebda., S. 243.

¹⁰³⁾ H.-U. Wehler, Einleitung zu Geschichte und Soziologie (s. Anm. 74), S. 15.

¹⁰⁴⁾ W. J. Mommsen (s. Anm. 93), S. 29.

⁹⁹⁾ Habermas, Erkenntnis, S. 223.

er angehört und für welche er spricht". Hier läßt sich der Niederschlag der Habermaschen Feststellung, das hermeneutische Verfahren wolle ein handlungsorientierendes Selbstverständnis von Individuen und Gruppen und ein reziprokes Fremdverständnis anderer Individuen und Gruppen garantieren, unschwer erkennen. Zugleich wird deutlich, daß der komplizierte Begriff des Interesses das subjektive Interessiertsein (etwa des Historikers) und das gruppensoziologisch festzumachende objektive Interesse einschließen muß. Diesem letztgenannten Problem — Suche nach einem differenzierten Interessenbegriff¹⁰⁵⁾ — wenden sich die Sozialwissenschaften übrigens neuerdings verstärkt zu, weil es in seinen politischen Implikationen von besonderer Bedeutung ist, gerade auch für die Friedens- und Konfliktforschung.

Da vielfach vermutet wird, die faktographische Detailforschung, die sich ja lediglich mit der angeblich „objektiven“ Eruierung des Faktischen befaße, falle aus dem Rahmen des hier dargelegten Zusammenhangs von Erkenntnis und Interesse, die reine Faktenhistoriographie könne dem hier behaupteten Praxisbezug entgehen, soll noch einmal verdeutlicht werden, daß es sich auch hierbei um einen „positivistischen Irrtum“ handelt. Hans Mommsen¹⁰⁶⁾ machte dies schon Anfang der sechziger Jahre mit folgenden Ausführungen klar: „Indem die Geschichtsschreibung aus dem Kontinuum der Überlieferung Fakten heraushebt, die ihr von besonderer Relevanz erscheinen, abstrahiert sie von dem bloß Stofflichen, scheidet Bedeutendes von Unbedeutendem. Die ‚Tatsache‘ ist ein zusammenhängender Komplex von Willensakten, Zusammenhängen, Bedingungen und Zwecken, d. h. die Reduzierung eines vieldimensionalen Wirkungszusammenhanges auf ein dafür repräsentatives, typisches Ereignis. Die antiquarische Ansicht ist sich dessen nur nicht bewußt... Es ist ein positivistischer Irrtum, als gelte es an ein vorgefundenes oder festgestelltes Tatsachenmaterial von außen Deutungen heranzutragen. Die Fakten selbst und der

Zusammenhang, den der Historiker zwischen ihnen herstellt, sind... Resultate der Deutung... Was von den Tatsachen und ihrer Zuordnung zueinander gilt, gilt für die höheren Formen des historischen Wissens in gesteigertem Maße.“ Mit anderen Worten: Schon auf der untersten Stufe der historischen Forschung — man spricht auch von „Forschung in der ersten Generation“ — trägt der objektivistische Schein, läßt sich Erkenntnis nicht von Interesse abtrennen. Im übrigen hat der niederländische Geschichtswissenschaftler H. von der Dunk¹⁰⁷⁾ mit Recht den Positivisten unter seinen Kollegen entgegengehalten, daß der Historiker ja kein bloßer Materialsammler sei, er vielmehr aus dem zusammenhanglosen, sinnentleerten und chaotischen Nebeneinander von Akten und Daten erst einen Sinnzusammenhang herstellen müsse; diese Rekonstruktion der Realität könne aber nur wertend geschehen, weswegen es eben falsch sei, die Geschichtsforschung als eine rein empirische Disziplin zu bezeichnen.

Als Fazit dieser Überlegungen ist festzuhalten: Wenn in die historische Forschung als Konsequenz der hermeneutischen Methode schon immer ein praktisches Erkenntnisinteresse (ein Interesse an Kommunikation, an handlungsorientierender Verständigung) eingeht und wenn dasselbe praktische Erkenntnisinteresse auch für den Verwendungszusammenhang historischen Wissens charakteristisch ist, so lautet die Aufgabe, sich dieses Zusammenhanges bewußt zu werden und ihn in seinen Konsequenzen für das Erkennen und Handeln zu reflektieren. Hieraus folgt weiter, daß es nicht nur ein wissenschaftlich legitimes, sondern sogar notwendiges Verfahren ist, Problemstellungen in den Ansatz historischer Forschungen eingehen zu lassen, die für die Bewältigung gegenwärtiger und zukünftiger Aufgaben wichtig sind. In diesem Zusammenhang wird es wohl kaum eines Hinweises bedürfen, daß die Erhaltung des negativen Friedens (Nicht-Krieg) und die Verwirklichung eines positiven Friedens (Minimierung von Gewalt und Schaffung sozialer Gerechtigkeit) zu den vordringlichsten Problemen überhaupt gehört, die Politik und Wissenschaft gegenwärtig und zukünftig zu bewältigen haben. Einer speziellen Rechtferti-

¹⁰⁵⁾ Vgl. Dieter Senghaas, Einleitung zu Kritische Friedensforschung, Frankfurt/M. 1971, S. 12—17.

¹⁰⁶⁾ Hans Mommsen, Historische Methode, in: Fischer-Lexikon Geschichte, Frankfurt/M. 1969, S. 82.

¹⁰⁷⁾ H. von der Dunk (s. Anm. 94), S. 8, 11 ff.

gung der Forderung, dieses Thema zum Gegenstand der Forschung zu machen, bedarf es daher nicht.

b) Interesse an technischer Verfügung

Unter einem „technischen“ Erkenntnisinteresse, das Habermas, wie erinnerlich, den empirisch-analytischen Wissenschaften zuordnet, versteht er das Interesse „an einer möglichen informativen Sicherung und Erweiterung erfolgskontrollierten Handelns“ oder, mit anderen Worten, das Interesse „an der technischen Verfügung über vergegenständlichte Prozesse“¹⁰⁸). Die empirisch-analytische Forschung ist, wie Habermas an anderer Stelle definiert, „die systematische Fortsetzung eines kumulativen Lernprozesses“; es geht hier um „die Erzeugung *technisch verwertbaren* . . . Wissens“¹⁰⁹). Solche auf nomologische Aussagen zielende Forschung ist ihrem immanenten Sinne nach auf folgenden Verwendungszusammenhang angelegt: Sie erfaßt „die Wirklichkeit im Hinblick auf eine unter spezifischen Bedingungen immer und überall mögliche technische Verfügung“¹¹⁰).

Dieses technische Erkenntnisinteresse geht nun allerdings nicht nur in die Naturwissenschaften und in die empirischen Sozialwissenschaften ein, sondern ebenso in diejenigen Ansätze historischer Forschung, die auf nomologisches Wissen abzielen. Eine Gruppe von Historikern, die sich im Rahmen eines bei der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg in Arbeit befindlichen Friedensforschungsprojektes seit 1969 mit der Fragestellung befaßt, wie Friedensforschung und Geschichtswissenschaft zusammenarbeiten können, hat — m. E. zu Recht — vorgeschlagen, die reichlich schematischen Zuordnungen von Habermas zu ergänzen. Sie gab zu bedenken, daß in alle drei Gruppen von Wissenschaften alle drei Arten von erkenntnisleitenden Interessen — wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung — eingehen¹¹¹). W. Huber, der in seinem sehr

gründlich durchdachten Aufsatz „Friedensforschung und Geschichte“ über die Diskussionsreihe dieser Historischen Arbeitsgruppe berichtet, gibt den Hinweis, das Ziel, über Geschichte in diesem technischen Sinne verfügen zu können, präge sich gegenwärtig am deutlichsten in den mit Hilfe sozialwissenschaftlicher Methoden durchgeführten quantitativen Analysen internationaler Politik aus, durch die man bestimmte Hypothesen meint bestätigen zu können. Charakteristisch dafür sind die Studien des „Center for Studies in Conflict and Integration“ an der Stanford University¹¹²). Diese Studien gehen davon aus, daß sich aus der Analyse historischer Krisenabläufe bestimmte Aktions-Reaktions-Modelle entwickeln lassen, mit deren Hilfe man künftige Krisen kontrollieren und bewältigen kann (crisis management). „Historische Forschung wird dadurch zum Bestandteil einer Theorie der Konfliktverhinderung beziehungsweise der Konfliktbewältigung. Verhinderung oder Bewältigung eines Konflikts werden als technische Aufgaben angesehen; historische Forschung trägt zur Erkenntnis derjenigen Regeln bei, nach denen diese Aufgaben gelöst werden können.“¹¹³) So lautet zumindest das Selbstverständnis dieser Forschungsrichtung, die schon bald nach dem Zweiten Weltkrieg innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen in den USA entstand¹¹⁴). Sie zielte auf eine allgemeine Erklärung der Vorgänge innerhalb des internationalen Systems — insbesondere krisenhafter Vorgänge — ab und bediente sich dazu mathematisch fundierter Theorien¹¹⁵). Einen speziellen Untersuchungsgegenstand bildete die Analyse von Entscheidungsprozessen (decision making): Man versuchte, einen Entscheidungsprozeß zu reproduzieren und auf diese Weise an ihm teilzunehmen, in der Hoffnung, daraus für die praktische Politik lernen zu können¹¹⁶).

¹¹²) Vgl. z. B. J. Singer (Hrsg.), *Quantitative International Politics*, New York 1968.

¹¹³) Huber (s. Anm. 111), S. 295.

¹¹⁴) E.-O. Czempiel, *Die Entwicklung der Lehre von den Internationalen Beziehungen* (s. Anm. 41), S. 285 f.

¹¹⁵) Vgl. z. B. Thomas C. Schelling, *The Strategy of Conflict*, Cambridge 1960.

¹¹⁶) Vgl. Harold Stein (Ed.), *American Civil-Military Decisions. A Book of Case Studies*, Alabama 1963. Weitere Arbeiten nennt Czempiel (s. Anm. 41, S. 286).

¹⁰⁸) Habermas, *Technik*, S. 157.

¹⁰⁹) Habermas, *Erkenntnis*, S. 235.

¹¹⁰) Ebda., S. 241.

¹¹¹) Wolfgang Huber, *Friedensforschung und Geschichte*, in: *Internationale Dialog Zeitschrift*, 4. Jg. 1971, S. 291—301, hier: S. 297.

Über den Forschungsstand auf diesem in der Bundesrepublik Deutschland bis vor wenigen Jahren kaum bekannten Gebiet informiert der 1971 als Sonderheft der Politischen Vierteljahresschrift erschienene Band „Simulation internationaler Prozesse“¹¹⁷⁾. Er enthält hauptsächlich Abhandlungen, die im angelsächsischen Sprachraum entstanden sind. Die mit der Simulationstechnik vertrauten Forscher scheinen sich der Grenzen ihrer Möglichkeiten durchaus bewußt zu sein, wenn sie betonen, daß die wissenschaftliche Ausbeute ihrer Studien zur internationalen Politik „bislang bescheiden“ ist, trotz des zum Teil erheblichen intellektuellen, finanziellen und technischen Aufwands. Die Überlegenheit beispielsweise gegenüber historischen Fallstudien sei noch nicht erwiesen. Auch die Funktion der Simulationstechnik wird klar gesehen: Sie ist eine „Entscheidungshilfe“ und hat bisher denn auch eher „Herrschaftswissen produziert oder qua Irrelevanz gestützt als Herrschaftskontrolle ermöglicht“¹¹⁸⁾.

Ein den Analysen von Konfliktverläufen vergleichbares technisches Erkenntnisinteresse liegt auch den Studien zugrunde, die nach Gesetzmäßigkeiten in den Ursachen von Konflikten suchen. Das gilt z. B. für die politometrische Studie „System und Akteur“ von K. J. Gantzel¹¹⁹⁾, die m. W. die erste dieser Art in der Bundesrepublik ist. Gantzel macht den von ihm selbst als riskant bezeichneten Versuch, die Methoden der quantitativen Systemforschung auf dem Gebiet der internationalen Politik anzuwenden, und dies mit dem Ziel, Regelmäßigkeiten ausfindig zu machen, die allgemeine Aussagen bezüglich der Bedingungen für Frieden und Krieg in der modernen Zeit ermöglichen. Dazu analysiert der Autor statistisch — von in den USA aufbereiteten Daten ausgehend — die gesamtgesellschaftliche Bedingtheit des Kriegs- und Allianzverhaltens im Zeitraum 1815 bis 1945. Die Periode vom Wiener Kongreß bis zum Ende des

Zweiten Weltkrieges wird dabei als ein „einheitliches Ganzes“, also statisch, aufgefaßt — ein Verfahren, dem auch derjenige Historiker Skepsis entgegenbringen wird, der nicht grundsätzlich bezweifelt, daß historische Gesetzmäßigkeiten¹²⁰⁾ formuliert werden können.

Die Möglichkeiten und Grenzen quantifizierender Systemanalyse dokumentiert weiterhin ein von Gantzel, Kress und Rittberger herausgegebener Sammelband¹²¹⁾, der eine repräsentative Auswahl vornehmlich in den USA entstandener sozialwissenschaftlicher Analysen zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges enthält. Mit ihrer Edition verfolgen die Herausgeber zusätzlich das begrüßenswerte Ziel, „an einem für die Friedensforschung bedeutsamen Fall den Dialog zwischen zwei weithin isolierten Disziplinen — Historie und Sozialwissenschaften — zu intensivieren“. Das den Aufsätzen zugrunde liegende erkenntnisleitende Interesse ist wiederum „technisch“: Man will künftige Krisen steuern und Kriege vermeiden helfen, Entscheidungshilfen liefern, indem man einen Lernprozeß in Gang setzt, zu dem die Geschichte das Material liefert. Einige der in diesem Band vertretenen Autoren (Holsti, North und Brody) gehen von der Annahme aus, „daß sich Muster, Wiederholungen und direkte Analogien in der menschlichen Geschichte finden lassen“. Das wird von den drei Historikern Berghahn, Geiss und Röhl, die von den Herausgebern zu einer Kritik der quantitativen Analysen eingeladen wurden¹²²⁾, zunächst einmal nicht bestritten. Sie setzen sich vielmehr in erster Linie mit der Frage auseinander, ob das historische Material wirklich in befriedigender Weise quantifiziert werden kann. Das vielleicht schwie-

¹²⁰⁾ Zu den verschiedenen Positionen, die in dieser Frage gewöhnlich bezogen werden, vgl. Berenice A. Carroll, Introduction, *History and Peace Research*, in: *Journal of Peace Research*, 1969, S. 287—293. Es handelt sich um einen Bericht über die Diskussionen in der nordamerikanischen „Conference on Peace Research in History“. Zusammenfassung der Ergebnisse bei W. Huber (s. Anm. 111), S. 294 f.

¹²¹⁾ Klaus Jürgen Gantzel/Gisela Kress/Volker Rittberger, *Konflikt — Eskalation — Krise. Sozialwissenschaftliche Studie zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Düsseldorf 1972.

¹²²⁾ Ebd. abgedruckt.

¹¹⁷⁾ *Simulation internationaler Prozesse*, hrsg. von Lucian Kern und Horst-Dieter Rönsch, *Politische Vierteljahresschrift*, Sonderheft 3/1971.

¹¹⁸⁾ Ebd., Vorwort von Klaus Jürgen Gantzel, S. 8.

¹¹⁹⁾ Klaus Jürgen Gantzel, *System und Akteur. Beiträge zur vergleichenden Kriegsursachenforschung*, Düsseldorf 1972.

rigste Problem liegt jedoch in der Frage, unter welchen Bedingungen Analogien zulässig sind: „Denn nur aus dem Maß der Vergleichbarkeit (von Kriegen und Kriegausbrüchen, W. W.) leitet sich die Berechtigung zu historischer Friedensforschung ab, die mehr als nur historische Interessen verfolgt.“¹²³⁾ Diese zur Behutsamkeit mahnende Feststellung von G. Niedhart scheint gerade bei denjenigen Ansätzen historischer Friedensforschung angebracht zu sein, die die Produktion nomologischer Wissenschaften intendieren. Denn wer Analogien¹²⁴⁾ ziehen will, muß die Gegenwart genau so gut kennen wie den historischen Gegenstand, den er analysiert hat.

c) Interesse an Emanzipation

Während die empirisch-analytischen Wissenschaften das Ziel haben, nomologisches Wissen zu erzeugen, das technisch verwertbar ist, und während die historisch-hermeneutischen Wissenschaften eine „lebenspraktische Verständigung“, eine „Orientierung des Handelns unter gemeinsamen Traditionen“¹²⁵⁾ ermöglichen sollen, sind die kritisch orientierten Wissenschaften — folgen wir wiederum Habermas — von einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse geleitet, von einem „Interesse an Mündigkeit“. Die kritisch orientierten Wissenschaften zielen „auf Emanzipation von naturwüchsigem Zwang“; sie wollen „das Bewußtsein aus der Abhängigkeit von hypostasierten Gewalten lösen“¹²⁶⁾. Ihr methodologischer Rahmen bestimmt sich, wie in der Philosophie, am Begriff der Selbstreflexion: „In der Selbstreflexion gelangt eine Erkenntnis um der Erkenntnis willen mit dem Interesse an Mündigkeit zur Deckung.“¹²⁷⁾ Habermas nimmt dieses emanzipatorische Erkenntnisinteresse explizit nur für eine kritische Sozialwissenschaft in Anspruch, der er die Aufgabe zuweist, „zu prüfen, wann die theoretischen

Aussagen (der systematischen Handlungswissenschaften Ökonomie, Soziologie und Politik, W. W.) invariante Gesetzmäßigkeiten des sozialen Handelns überhaupt und wann sie ideologisch festgefrorene, im Prinzip aber veränderbare Abhängigkeitsverhältnisse erfassen“¹²⁸⁾. Die kritische Reflexion soll die Bedingungen der Gültigkeit von Gesetzeswissen erhellen.

Zum Typus der kritischen Wissenschaften ist jedoch auch — wie ergänzend zu Habermas festgestellt werden muß — eine kritische Geschichtswissenschaft¹²⁹⁾ zu rechnen, die sich nicht damit begnügt, die Vergangenheit empirisch zu analysieren oder hermeneutisch zu interpretieren, die vielmehr Geschichte in einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse reflektiert. Interesse an Emanzipation, an Mündigkeit, kann aber heute ohne den Begriff des Friedens nicht sinnvoll definiert werden. Man könnte sogar so weit gehen zu sagen, Emanzipation meine nichts anderes als die Verwirklichung des positiven Friedens, als die möglichst weitgehende Überwindung von Not, Unfreiheit, Gewalt, Unterdrückung und überflüssig gewordenen Abhängigkeiten. In diesem Sinne könnte kritisch nur eine Geschichtswissenschaft genannt werden, die den hermeneutischen Zirkel der Vergangenheitsverdoppelung sprengt und das Gewesene unter der „unhistorischen“ Frage reflektiert, welche Bedingungen es waren, die die Verwirklichung des (nur hypothetisch denkbaren, faktisch nicht definierbaren) Friedens bisher verhindert haben. Eine solche Frage kann der Historiker stellen, ohne die „geheiligten“ Grundsätze seiner Disziplin aufzugeben, wenn er sich darüber klargeworden ist, daß in seiner Forschung schon immer eine Vorstellung von einer wünschbaren Zukunft eingeht.

Dies ungefähr ist die Position, von der aus die Historikerin A. Kuhn¹³⁰⁾, die auf diesem Gebiet Schrittmacherdienste geleistet hat, historische Friedensforschung wissenschafts-

¹²³⁾ Gottfried Niedhart, Geschichte und Friedensforschung, in: Die Zeit Nr. 39 v. 21. September 1973, S. 26.

¹²⁴⁾ Zum Problem der Analogiebildung vgl. A. Kuhn (s. Anm. 65), S. 18—20. Ein praktisches Beispiel ist auf S. 95—108 ausgeführt.

¹²⁵⁾ Habermas, Technik, S. 160 und 162.

¹²⁶⁾ Ebda.

¹²⁷⁾ Ebda., S. 164, und Habermas, Erkenntnis, S. 244.

¹²⁸⁾ Habermas, Technik, S. 158.

¹²⁹⁾ Vgl. das soeben erschienene Buch von Dieter Groh, Kritische Geschichtswissenschaft in emanzipatorischer Absicht, Stuttgart 1973.

¹³⁰⁾ Annette Kuhn, Theorie und Praxis historischer Friedensforschung, Stuttgart und München 1971. Vgl. auch die Rezension d. Verf. in Militärgeschichtliche Mitteilungen 2/1972, S. 256—264.

theoretisch zu begründen versucht. Von dem Gemeinplatz ausgehend, daß Geschichte unter dem Aspekt der Gegenwart jeweils neu geschrieben werden muß, weil sich die Frage- und Problemstellungen und damit die erkenntnisleitenden Interessen je nach den Zeitumständen verändern, knüpft sie den Bezug zur Friedensforschung: Wer es heute unternimmt, den Zusammenhang des geschichtswissenschaftlichen Interesses mit der Gegenwart zu bestimmen, kann das Interesse am Frieden nicht ausklammern; die Aufgabe lautet vielmehr, dieses Interesse im Hinblick auf den historischen Erkenntnisprozeß zu reflektieren. An die Adresse ihrer in der Tradition des Historismus stehenden Fachkollegen gerichtet, betont Kuhn, eine an der Zielvorstellung „Praxis in emanzipatorischer Absicht“ orientierte historische Friedensforschung sei tatsächlich eine Überwindung des Historismus. Denn das „Aufspüren der kriegsfördernden und kriegshemmenden Tendenzen der Vergangenheit und ihre historische Rekonstruktion sind im Rahmen der heutigen Friedensforschung nicht durch das Interesse an der Geschichte, sondern an der gegenwärtigen Friedenssicherung vermittelt.“ Zugleich fügt sie jedoch hinzu: „Das gegenwärtige Interesse an der Friedenssicherung stellt für die historische Forschung nicht, wie noch für Dilthey und die konsequenten Vertreter des Historismus, eine Korruption der historischen Erkenntnis dar. Es dient ihr vielmehr als Grundlage möglicher hermeneutischer Erkenntnisse.“¹³¹⁾

Eine der wesentlichen Aufgaben einer so verstandenen kritischen historischen Friedensforschung liegt im Bereich der Ideologiekritik. Ihr praktisches Feld ist der Erziehungsbereich, sind die „Sozialisationsagenturen“ im weitesten Sinne. Wenn es richtig ist, daß die gegenwärtige Unterrichtspraxis weithin „nicht eine Erziehung zum Frieden, sondern zum Krieg“ ist¹³²⁾, wenn es in den gängigen Schulbüchern zur Geschichte und politischen Bildung noch immer — trotz der langjährigen

Revisionsversuche der Internationalen Schulbuchkommission¹³³⁾ — von Kriegsapologetik wimmelt, so ist die traditionelle Geschichtsschreibung an diesem Zustand durchaus nicht unschuldig. Einer historisch-kritischen Friedensforschung kommt also zunächst einmal die Aufgabe zu, die aus der traditionellen Geschichtsschreibung selbst stammenden Kriegsrechtfertigungen und -heroisierungen auszumerzen. Es geht nicht an, daß der erfolgreiche Krieg noch immer „als ein legitimes Mittel der Politik gedeutet (wird), während ein erfolgloser Krieg als höhere Gewalt, als Schicksal oder als Lehrmeisterin des geschlagenen Volkes eine naturhafte Sinndeutung erfährt“¹³⁴⁾. Ebenso herrscht heute noch immer weithin die Vorstellung, Kriege habe es immer gegeben und werde es immer geben, der Frieden dagegen sei eine Illusion, eine schöne Utopie. Vorstellungen dieser Art werden nicht zuletzt durch eine unkritische Deskription kriegerischer Abläufe („Schlachtenbeschreibungen“) gestützt, weil, wie bereits mehrfach angemerkt wurde, eine solche Deskription das Vergangene, genauer: einen bestimmten Ausschnitt aus der Vergangenheit, lediglich gedanklich verdoppelt und damit zugleich nachträglich indirekt rechtfertigt. Das bloß Faktische erhält, wo historische Erkenntnis positivistisch als Wirklichkeitsverdoppelung begriffen wird, leicht den Schein des schicksalhaft Unabänderlichen.

Die Folgen sind schwerwiegend. Denn auf diese Weise werden friedenshemmende und fatalistische Bewußtseinsinhalte ständig wiederbelebt, ohne daß sich die betreffenden Historiker und ihr Publikum dessen immer bewußt werden. Unter dem Etikett wertfreier Bildung werden so Geschichtsauffassungen, die in Wirklichkeit kriegsapologetisch-normative Inhalte haben, vermittelt. Sie erfüllen objektiv die Funktion, Individuen und Gruppen

¹³¹⁾ A. Kuhn (s. Anm. 130), S. 15. Auch Habermas (Erkenntnis, S. 224 f.) betont, das praktische Erkenntnisinteresse müsse durchschaut werden „als die Grundlage möglicher hermeneutischer Erkenntnis, und nicht als deren Korruption“.

¹³²⁾ A. Kuhn (s. Anm. 130), S. 26. Vgl. die ebda., S. 24—30 genannten Beispiele.

¹³³⁾ Vgl. Suse-Marei Diestel, Die internationale Schulbuchverbesserung, in: Beiträge zur Konfliktforschung 3/1971, S. 65—100, die hervorhebt, bei der Schulbuchrevision gehe es primär „um die Eliminierung von Konfliktpotential im Interesse rationaler, nicht-kriegerischer Regelung historisch entstandener Streitpunkte“ (S. 65). Ein empfehlenswertes methodisch-didaktisches Modell über die Aufarbeitung von Vorurteilen entwickelt Gerhard Beier, Ost-West-Vorurteile in der Politischen Bildung, Frankfurt/M. 1971.

¹³⁴⁾ A. Kuhn (s. Anm. 130), S. 15.

in einer ganz bestimmten Richtung zu programmieren, in einer Richtung, die den Intentionen von Friedensforschung und Friedenspolitik zuwiderläuft. Hier hat historische Friedensforschung in erster Linie die Aufgabe der Kritik¹³⁵): „Sie muß derartige Traditionen und ihre Konsequenzen für das Verhalten von Gruppen, nämlich für die Verweigerung der Teilnahme an friedensfördernden Prozessen, aufdecken. Dadurch kann sie eine emanzipatorische Wirkung ausüben; sie vermag zur Befreiung von unbegriffenen, gleichwohl jedoch prägenden Mächten der Überlieferung beizutragen.“ Einer historisch angeleiteten Friedensforschung und Friedenserziehung muß es, wie Vilmar¹³⁶) mit Recht hervorhebt, insbesondere auf „eine gesellschaftlich-geschichtliche Aufarbeitung der Ursachen von kollektiver Gewalt“ ankommen, damit es möglich wird, „den ganzen Komplex organisierter Aggressivität nicht als eine Naturkategorie, quasi ontologisch, sondern als eine aus ganz bestimmten gesellschaftlichen Prozessen entwickelte Struktur durchschaubar (zu) machen“. Es gilt, den Zusammenhang zwischen traditioneller Gewaltpolitik auf allen Ebenen (Gruppe, Staat, internationales System) und dem von ihr geprägten Bewußtsein der Menschen zu erhellen. Dort, wo Friedenserziehung unhistorisch vorgeht, wo sie sich entweder „in der ebenso reinen wie dünnen Luft allgemeiner Begriffe, Werte und Ideen“ bewegt oder sich auf den Holzweg individualpsychologischer Aggressionsforschung verirrt, besteht die Gefahr, daß sie selbst zur Friedensrhetorik verkommt, zur Friedensideologie herabsinkt. Wenn man Friedenserziehung dagegen „strikt als kritische politische Bildung und Anleitung zum Handeln“ versteht¹³⁷), so kann der Stellenwert historischer Friedensforschung gar nicht unterschätzt werden.

d) Methodische Konsequenzen

Die vorstehenden Überlegungen zum Problem des Praxisbezugs der Geschichtswissenschaft sollten deutlich machen, daß der Widerspruch

¹³⁵) Huber (s. Anm. 111), S. 296.

¹³⁶) Fritz Vilmar (s. Anm. 56), S. 374.

¹³⁷) Walter Möller/Fritz Vilmar, Sozialistische Friedenspolitik für Europa, Reinbek 1972, S. 144 f.

zwischen der historischen Methode, die nach dem Selbstverständnis vieler Historiker zur Distanz von jedem Praxisbezug zwingt, und der explizit wirklichkeitsverändernden Zielsetzung der Friedens- und Konfliktforschung nur ein scheinbarer ist, weil die Geschichtswissenschaft in dieser oder jener Weise (indem sie von einem technischen, praktischen oder emanzipatorischen Erkenntnisinteresse geleitet sein kann) selbst in einem Interessenzusammenhang und damit in einem Praxisbezug steht. Von dieser Einsicht gehen auch die neueren Vorschläge zur Methode einer historischen Friedensforschung aus¹³⁸), auf die hier — wenn auch sehr verkürzt — eingegangen werden soll. Diese Vorschläge beinhalten nicht, um dieses mögliche Mißverständnis vorweg auszuräumen, daß die herkömmliche quellenkritische und verstehende Methode des Historikers, mit deren Hilfe die Vergangenheit möglichst exakt rekonstruiert wird, aufgegeben werden müsse. Das Gegenteil ist der Fall. Die Überlegungen zur Methode zielen vielmehr auf die Frage ab, wie der mittels der Kategorie des erkenntnisleitenden Interesses freigelegte vielschichtige Praxisbezug in befriedigender Weise methodisch umgesetzt werden kann.

Dazu bietet sich ein Konzept an, das mehrere methodische Schritte — zumindest die nachgenannten drei — vorsieht, die als strikt voneinander zu trennende wissenschaftliche Arbeitsgänge zu begreifen sind: Erstens die Hypothesenbildung, in der bewußt von gegenwärtigen Interessen und/oder von Modellen einer antizipierten Zukunft ausgegangen wird; damit wird der Gegenwartsbezug historischer Forschung ausdrücklich artikuliert; die wissenschaftlichen Erkenntnisinteressen und die politischen Handlungsziele werden offengelegt und begründet; mittels der Hypothesen läßt sich das relevante historische Material erst ausfindig machen. Ein zweiter, vom ersten vollständig zu trennender Arbeitsgang ist die herkömmliche quellenkritische und interpretatorische Arbeit, die damit, wie gesagt, ein unverzichtbarer Bestandteil historischer Friedensforschung bleibt. Und in einem dritten Schritt schließlich folgt die Konfrontation

¹³⁸) Ich beziehe mich auf Huber (s. Anm. 111) und Kuhn (s. Anm. 130).

des im zweiten Schritt erarbeiteten historischen Materials mit den im ersten Schritt entwickelten Hypothesen. „Dabei hängt die Art dieser Konfrontation von der Ebene der Analyse und dem hinter dieser stehenden erkenntnisleitenden Interesse ab: Fragt man nach nomologischem Wissen, so muß man die Anwendbarkeit der Ergebnisse auf gegenwärtige Situationen prüfen; diskutiert man theo-

retische Entwürfe, so muß man deren erklärende Kraft bestimmen; erhebt man ein überliefertes Sinnverständnis, so muß man seine orientierende Funktion für neue Situationen beschreiben.“¹³⁹⁾ Zudem muß geprüft werden, wie sich die Forschungsergebnisse wissenschaftlich, didaktisch oder politisch vermitteln lassen, was unter Umständen einen eigenen Arbeitsgang erfordert.

6. Zusammenfassung

Die Frage nach den Möglichkeiten der Zusammenarbeit von Friedensforschung und Militärgeschichtsforschung konnte in dieser Studie sicher nicht erschöpfend beantwortet werden. Vorstehende Überlegungen verstehen sich als ein Versuch, der nicht zuletzt dazu anregen sollte, den methodologischen Rahmen zu problematisieren, in dem die in den sechziger Jahren unter den Militärgeschichtlern geführte Diskussion steckengeblieben ist. Da sich eine Reihe von Militärgeschichtlern damals tendenziell von ihren Vorgängern emanzipierte und den Standort ihres Wissenschaftsgebietes als Teildisziplin der allgemeinen Geschichtswissenschaft neu bestimmte, konnte im weiteren Verlauf der Studie davon ausgegangen werden, daß die Frage nach den Bedingungen der Zusammenarbeit von Friedensforschung und Militärgeschichtsforschung weitgehend identisch ist mit der Frage nach den Kooperationsmöglichkeiten von Friedensforschung und Geschichtswissenschaft insgesamt.

Hinsichtlich des von der Militärgeschichtsforschung beanspruchten Untersuchungsgegenstandes wurde die These vertreten und mit einer Reihe von Beispielen untermauert, daß von diesem Zweig möglicherweise sogar eher als von anderen Zweigen der Geschichtswissenschaft ein Beitrag zur Beantwortung von Fragen erwartet werden könne, die für die Friedens- und Konfliktforschung relevant sind. Aus der Sicht der um interdisziplinäre Zusammenarbeit bemühten Friedensforscher hat die Geschichtswissenschaft — und, wie wir ergänzen können, die Militärgeschichtsforschung — die Funktion einer wichtigen Zuträgerwissenschaft, dies insbesondere, wenn in ihr zunehmend „friedensrelevante“

Fragestellungen formuliert und beantwortet werden. Die Historiker können ihrerseits die auf komplexe sozialwissenschaftliche Theoriebildung zielenden Friedensforscher zur Konkretisierung zwingen und hierzu ihr Material bereitstellen.

Nach diesen um die Gewinnung eines gewissen Informationsstandes bemühten Vorarbeiten stellte sich das Problem, ob die explizit wirklichkeitsverändernde Zielsetzung der Friedensforschung einerseits und das kontemplative Selbstverständnis vieler Historiker andererseits sich so gegensätzlich gegenüberstehen, daß sich aus diesem Grunde eine Kooperation verbieten würde. Um dem hier behaupteten Widerspruch beizukommen, wurde nachzuweisen versucht, daß die Geschichtswissenschaft schon immer, ob sie will oder nicht und ob sie sich dessen bewußt ist oder nicht, in einem Praxisbezug steht. Dieser läßt sich sowohl als eine Konsequenz des hermeneutischen Verstehens, der Methode also, als auch aus dem Verwendungszusammenhang historischer Forschungsergebnisse ableiten. Mit Hilfe der von Habermas entwickelten Kategorien konnte gezeigt werden, daß in die historische Forschung in der Regel ein praktisches, auf handlungsorientierende Verständigung gerichtetes Erkenntnisinteresse eingeht, daß sie aber auch von einem technischen und einem emanzipatorischen Erkenntnisinteresse geleitet sein kann. Diese unterschiedlichen erkenntnisleitenden Interessen ließen sich in den schon vorliegenden Arbeiten einer historisch gerichteten Friedensforschung konkret nachweisen. Damit konnte das scheinbar gewichtige Argument vieler Historiker, der Pra-

¹³⁹⁾ Huber, S. 301.

xisanspruch der Friedensforschung sei das Haupthindernis auf dem Wege zu einer Kooperation, entkräftet werden. Diese wissenschaftstheoretischen Überlegungen richteten sich zugleich gegen das noch immer nicht überwundene naiv-positivistische Denken in der Geschichtswissenschaft. Schließlich wurden neuere Vorschläge zur methodischen Konzeption historischer Friedensforschung vorgestellt, die die Einsicht in den Interessenzusammenhang der Geschichtswissenschaft methodisch umzusetzen versuchen.

Zweifellos kann der in diesem Thema stekende Anspruch letztlich nur durch substantielle wissenschaftliche Arbeit erfüllt werden. Wer sie angeht — und darin liegt nun ebenso zweifellos die Bedeutung wissenschaftstheoretischer Überlegungen —, muß jedoch wissen, was er tut. Die nicht ideologisch, sondern vom Methodologischen her begründete Skepsis der Historiker gegenüber der Friedens- und Konfliktforschung könnte jedenfalls auf dem hier aufgezeigten Wege überwunden werden.

Ausgehend von der Feststellung, die von Friedensforschern vielfach erhobene Forderung nach interdisziplinärer Zusammenarbeit werde nur selten in die Tat umgesetzt, will die Studie klären helfen, unter welchen Voraussetzungen eine Kooperation mit der Militärgeschichtsforschung möglich erscheint. Zunächst werden beide Wissenschaftszweige und die in ihnen vorherrschenden Richtungen vorgestellt, wobei die jeweils beanspruchten Forschungsgegenstände, die Wert- und Zielorientierung sowie die Methoden besondere Berücksichtigung finden. Da sich einige Militärgeschichtler im vergangenen Jahrzehnt tendenziell von ihren „militaristischen“ Vorgängern emanzipierten und Militärgeschichte als Teildisziplin der allgemeinen Geschichtswissenschaft neu bestimmten, konnte davon ausgegangen werden, daß die im Titel der Studie angesprochene Problemstellung weitgehend identisch ist mit der Frage nach den Kooperationsmöglichkeiten von Friedensforschung und Geschichtswissenschaft insgesamt. Der Verfasser vertritt die These, von der Militärgeschichtsforschung könne sehr wohl ein Beitrag zur Beantwortung friedensrelevanter Fragen erwartet werden, wenn sie entsprechende Probleme in gegenwarts- und zukunftsbezogener Perspektive thematisierte.

Dem kontemplativen Selbstverständnis vieler Historiker zufolge verbietet sich eine Kooperation mit der Friedensforschung wegen deren explizit wirklichkeitsverändernder Zielsetzung. Es wird nachzuweisen versucht, daß der in diesem Selbstverständnis artikulierte Widerspruch auf einem positivistischen Irrtum beruht. Die Geschichtswissenschaft steht schon immer, ob sie will oder nicht und ob sie sich dessen bewußt ist oder nicht, in einem Praxisbezug. Mit Hilfe der von Habermas entwickelten Kategorien wird gezeigt, daß in die historische Forschung in der Regel ein praktisches, auf handlungsorientierende Verständigung gerichtetes Erkenntnisinteresse eingeht, daß sie aber auch von einem technischen und/oder emanzipatorischen Erkenntnisinteresse geleitet sein kann, was sich in den vorliegenden Arbeiten einer historisch gerichteten Friedensforschung konkret nachweisen läßt. Schließlich werden neuere Vorschläge zur methodischen Konzeption historischer Friedensforschung vorgestellt, die die Einsicht in den Interessenzusammenhang der Geschichtswissenschaft methodisch umzusetzen versuchen.

Mit diesen wissenschaftstheoretischen Überlegungen ist eine Position gewonnen, von der aus die nicht ideologisch, sondern methodologisch begründete Skepsis der Historiker gegenüber der Friedens- und Konfliktforschung überwunden werden kann.